Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 425

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
4 — 45100 — 2588/58 III

Bonn, den 9. Juni 1958

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland

nebst Begründung, den Text des Übereinkommens in englischer, französischer und spanischer Sprache sowie deutscher Übersetzung und eine Denkschrift (Anlage 1) mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend sind die Bundesminister der Justiz und des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 192. Sitzung am 2. Mai 1958 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Entwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen. Im übrigen hat der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Die Bundesregierung ist mit dem Änderungsvorschlag des Bundesrates einverstanden.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 3551

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem von der Bundesrepublik Deutschland am 20. Juni 1956 unterzeichneten Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Der Berechtigte kann das Gesuch, mit dem ein Anspruch auf Gewährung von Unterhalt in dem Gebiet einer anderen Vertragspartei geltend gemacht werden soll, bei dem Amtsgericht einreichen, in dessen Bezirk er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Steht ein Berechtigter unter Vormundschaft, so soll das Gesuch bei dem für die Vormundschaft zuständigen Amtsgericht eingereicht werden.

(2) Für die Tätigkeit der Amtsgerichte bei der Entgegennahme von Gesuchen der in Absatz 1 bezeichneten Art werden Gebühren nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 2 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Artikel 2 tritt gleichzeitig mit dem Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen gemäß seinem Artikel 14 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland ist von der Bundesrepublik Deutschland am 20. Juni 1956 unterzeichnet worden. Es bedarf nach seinem Artikel 13 Abs. 2 der Ratifikation. Die Zustimmung des Bundestages ist nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes erforderlich, weil es sich bei diesem Übereinkommen um einen völkerrechtlichen Vertrag handelt, der sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Das Ratifizierungsgesetz bedarf ferner der Zustimmung des Bundesrates, soweit Artikel 2 eine Sonderregelung für die Zuständigkeit der Amtsgerichte bei ausgehenden Gesuchen vorsieht.

Durch Satz 2 wird es ermöglicht, daß der Inhalt des Übereinkommens nach der Ratifikation die Eigenschaft eines Gesetzes der Bundesrepublik Deutschland erhält.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 3 Abs. 1 des Übereinkommens sind Gesuche, mit denen Unterhalt im Ausland geltend gemacht werden soll, bei der Übermittlungsstelle des Staates, in dessen Gebiet sich der Berechtigte befindet, einzureichen. Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind gemäß Artikel 2 Abs. 1 des Übereinkommens die Landesjustizverwaltungen als Übermittlungsstellen vorgesehen, weil bei ihnen der Schwerpunkt auf dem verwandten Gebiet des Rechtshilfeverkehrs in Zivilsachen liegt. Die Übermittlungsstellen sind nach Artikel 2 Abs. 3 des Übereinkommens dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu notifizieren.

Zuständig für die Weiterleitung von Gesuchen ist die Landesjustizverwaltung des Landes, in dessen Gebiet der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Die Übermittlungsstelle hat zu prüfen, ob das Gesuch die Voraussetzungen des Artikels 3 Abs. 1, 3 und 4 und des Artikels 4 Abs. 2 des Übereinkommens erfüllt. Sie kann die Weiterleitung des Gesuches ablehnen, wenn sie gemäß Artikel 4 Abs. 1 des Übereinkommens zu der Überzeugung gelangt, das Gesuch sei mutwillig gestellt. Eine solche Entscheidung kann von dem Berechtigten mit dem für die Anfechtung von Justizverwaltungsakten zulässigen Rechtsbehelf angefochten werden.

Die Tätigkeit der Übermittlungsstelle ist gebührenfrei (Artikel 9 Abs. 3 des Übereinkommens).

Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des vorliegenden Gesetzes soll die Einreichung von Gesuchen, die in das Gebiet einer anderen Vertragspartei übermittelt werden sollen, erleichtern. Der Berechtigte soll nicht gezwungen sein, sich unmittelbar an die Übermittlungsstelle zu wenden, die für ihn zwecks Rücksprachen vielleicht nur durch Reisen zu erreichen ist. Es bleibt ihm vielmehr überlassen, sein Gesuch bei dem für seinen Aufenthaltsort zuständigen Amtsgericht einzureichen. Ist für den Berechtigten eine Vormundschaft angeordnet, so soll das Gesuch entsprechend § 36 Abs. 1 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei dem Amtsgericht eingereicht werden, das für die Vormundschaft zuständig ist. Durch diese Regelung sollen die bei dem Vormundschaftsgericht bereits vorhandenen Unterlagen nutzbar gemacht werden.

Wird das Gesuch nach Artikel 2 Abs. 1 bei dem Amtsgericht eingereicht, so hat das Gericht von sich aus vorzuprüfen, ob die Voraussetzungen des Artikels 3 Abs. 1, 3 und 4 und des Artikels 4 Abs. 2 des Übereinkommens erfüllt sind. Es kann anregen, das Gesuch zu ergänzen; es soll dem Antragsteller auch in anderer Weise behilflich sein. Zu einer Ablehnung der Weiterleitung des Gesuchs ist das Amtsgericht nicht befugt. Eine solche Entschließung ist vielmehr der Landesjustizverwaltung vorbehalten.

Die Tätigkeit des Amtsgerichts bei der Entgegennahme solcher Gesuche ist ebenso wie die Tätigkeit der Übermittlungsstelle gebührenfrei (Absatz 2).

Das Amtsgericht hat das Gesuch nach den Vorschriften der Rechtshilfeordnung für Zivilsachen der zuständigen Prüfungsstelle (Land- oder Amtsgerichtspräsidenten) weiterzuleiten (§ 9 Abs. 2 ZRHO), die es ihrerseits der Übermittlungsstelle vorlegt.

Hinsichtlich der Empfangsstelle, die nach Artikel 2 Abs. 2 des Übereinkommens für das Gebiet jeder Vertragspartei zu bestimmen ist, bedarf das Übereinkommen keiner innerstaatlichen Ausführungsvorschrift. Es genügt, daß die Empfangsstelle gemäß Artikel 2 Abs. 3 des Übereinkommens dem Generalsekretär notifiziert wird.

Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wird der Bundesminister der Justiz die Aufgaben der Empfangsstelle übernehmen. Das Bundesjustizministerium, das für das Gebiet des Internationalen Privatrechts federführend ist, verfügt bereits weitgehend über ausländisches Material, das für seine Tätigkeit als Empfangsstelle nutzbar gemacht werden kann. Die neue Aufgabe kann es mit den vorhandenen Kräften übernehmen, weil die Zahl der eingehenden Gesuche nur gering sein wird.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel schafft die Voraussetzung dafür, daß das Übereinkommen auch im Land Berlin Gesetzeskraft erlangen kann.

Zu Artikel 4

Absatz 1 regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes, wie es für Zustimmungsgesetze üblich ist.

Das Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland wird im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nach seinem Artikel 14 Abs. 2 am 30. Tage nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde wirksam werden. Dieser Tag ist nach Absatz 2 im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland

Convention on the Recovery Abroad of Maintenance

Convention sur le recouvrement des aliments à l'Étranger

Convención sobre la obtención de alimentos en el Extranjero

Preamble

CONSIDERING the urgency of solving the humanitarian problem resulting from the situation of persons in need dependent for their maintenance on persons abroad,

CONSIDERING that the prosecution or enforcement abroad of claims for maintenance gives rise to serious legal and practical difficulties, and

DETERMINED to provide a means to solve such problems and to overcome such difficulties,

THE CONTRACTING PARTIES HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

Scope of the Convention

1. The purpose of this Convention is to facilitate the recovery of maintenance to which a person, hereinafter referred to as claimant, who is in the territory of one of the Contracting Parties, claims to be entitled from another person, hereinafter referred to as respondent, who is subject to the jurisdiction of another Contracting Party. This purpose shall be effected through the offices of agencies which will hereinafter be referred to as Transmitting and Receiving Agencies.

2. The remedies provided for in this Convention are in addition to, and not in substitution for, any remedies available under municipal or international law.

Article 2

Designation of Agencies

1. Each Contracting Party shall, at the time when the instrument of ratification or accession is deposited, designate one or more judicial or administrative authorities which shall act in its territory as Transmitting Agencies.

2. Each Contracting Party shall, at the time when the instrument of ratification or accession is deposited, designate a public or private body which shall act in its territory as Receiving Agency.

3. Each Contracting Party shall promptly communicate to the Secretary-General of the United Nations the designations made under paragraphs 1 and 2 and any changes made in respect thereof.

4. Transmitting and Receiving Agencies may communicate directly with Transmitting and Receiving Agencies of other Contracting Parties.

Préambule

CONSIDÉRANT l'urgence de la solution du problème humanitaire qui se pose pour les personnes dans le besoin dont le soutien légal se trouve à l'étranger,

CONSIDÉRANT que la poursuite des actions alimentaires ou l'exécution des décisions à l'étranger donne lieu à de graves difficultés légales et pratiques,

DÉCIDÉES à prévoir les moyens permettant de résoudre ces problèmes et de surmonter ces difficultés,

LES PARTIES CONTRACTANTES SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article premier

Objet de la Convention

1. La présente Convention a pour objet de faciliter à une personne, désignée ci-après comme créancier, qui se trouve sur le territoire d'une des Parties contractantes, le recouvrement d'aliments auxquels elle prétend avoir droit de la part d'une personne, désignée ci-après comme débiteur, qui est sous la juridiction d'une autre Partie contractante. Les organismes qui seront utilisés à cet effet sont désignés ci-après comme Autorités expéditrices et Institutions intermédiaires.

2. Les voies de droit prévues à la présente Convention complètent, sans les remplacer, toutes autres voies de droit existantes en droit interne ou en droit international.

Article 2

Désignation des Institutions

1. Chaque Partie contractante désigne, au moment du dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion, une ou plusieurs autorités administratives ou judiciaires qui exerceront sur son territoire les fonctions d'Autorités expéditrices.

2. Chaque Partie contractante désigne, au moment du dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion, un organisme public ou privé que exercera sur son territoire les fonctions d'Institution intermédiaire.

3. Chaque Partie contractante communique sans retard au Secrétaire général des Nations Unies les désignations faites en application des paragraphes 1 et 2 et toute modification qui surviendrait à cet égard.

4. Les Autorités expéditrices et les Institutions intermédiaires peuvent entrer directement en rapport avec les Autorités expéditrices et les Institutions intermédiaires des autres Parties contractantes.

(Übersetzung)

Preámbulo

CONSIDERANDO que es urgente la solución del problema humanitario originado por la situación de las personas sin recursos que tienen derecho a obtener alimentos de otras que se encuentran en el extranjero,

CONSIDERANDO que el ejercicio en el extranjero de acciones sobre prestación de alimentos o la ejecución en el extranjero de decisiones relativas a la obligación de prestar alimentos suscita graves dificultades legales y de orden práctico,

DISPUESTAS a establecer los medios conducentes a resolver ese problema y a subsanar las mencionadas dificultades,

LAS PARTES CONTRATANTES HAN CONVENIDO LO SIGUIENTE:

Artículo 1

Alcance de la Convención

1. La finalidad de la presente Convención es facilitar a una persona, llamada en lo sucesivo demandante, que se encuentra en el territorio de una de las Partes Contratantes, la obtención de los alimentos que pretende tener derecho a recibir de otra persona, llamada en lo sucesivo demandado, que está sujeta a la jurisdicción de otra Parte Contratante. Esta finalidad se perseguirá mediante los servicios de organismos llamados en lo sucesivo Autoridades Remitentes e Instituciones Intermediarias.

2. Los medios jurídicos a que se refiere la presente Convención son adicionales a cualesquiera otros medios que puedan utilizarse conforme al derecho interno o al derecho internacional, y no sustitutivos de los mismos.

Artículo 2

Designación de organismos

1. En el momento de depositar el instrumento de ratificación o adhesión, cada Parte Contratante designará una o más autoridades judiciales o administrativas para que ejerzan en su territorio las funciones de Autoridades Remitentes.

2. En el momento de depositar el instrumento de ratificación o adhesión, cada Parte Contratante designará un organismo público o privado para que ejerza en su territorio las funciones de Institución Intermediaria.

3. Cada Parte Contratante comunicará sin demora al Secretario General de las Naciones Unidas las designaciones hechas conforme a lo dispuesto en los párrafos 1 y 2 y cualquier modificación al respecto.

4. Las Autoridades Remitentes y las Instituciones Intermediarias podrán comunicarse directamente con las Autoridades Remitentes y las Instituciones Intermediarias de las demás Partes Contratantes.

Präambel

IN ANBETRACHT der Dringlichkeit einer Lösung des humanitären Problems, das sich aus der Lage bedürftiger Personen ergibt, die für ihren Unterhalt auf Personen im Ausland angewiesen sind,

IN DER ERWÄGUNG, daß die Verfolgung oder Vollstreckung von Unterhaltsansprüchen im Ausland mit schwerwiegenden rechtlichen und praktischen Schwierigkeiten verbunden ist, und

ENTSCHLOSSEN, dafür Sorge zu tragen, daß diese Probleme gelöst und diese Schwierigkeiten überwunden werden,

SIND DIE VERTRAGSPARTEIEN WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Gegenstand des Übereinkommens

(1) Dieses Übereinkommen hat den Zweck, die Geltendmachung eines Unterhaltsanspruches zu erleichtern, den eine Person (im folgenden als Berechtigter bezeichnet), die sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei befindet, gegen eine andere Person (im folgenden als Verpflichteter bezeichnet), die der Gerichtsbarkeit einer anderen Vertragspartei untersteht, erheben zu können glaubt. Dieser Zweck wird mit Hilfe von Stellen verwirklicht, die im folgenden als Übermittlungs- und Empfangsstellen bezeichnet werden.

(2) Die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Möglichkeiten des Rechtsschutzes treten zu den Möglichkeiten, die nach nationalem oder internationalem Recht bestehen, hinzu; sie treten nicht an deren Stelle.

Artikel 2

Bestimmung der Stellen

(1) Jede Vertragspartei bestimmt in dem Zeitpunkt, an dem sie ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, eine oder mehrere Gerichts- oder Verwaltungsbehörden, die in ihrem Hoheitsgebiet als Übermittlungsstellen tätig werden.

(2) Jede Vertragspartei bestimmt in dem Zeitpunkt, an dem sie ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, eine öffentliche oder private Stelle, die in ihrem Hoheitsgebiet als Empfangsstelle tätig wird.

(3) Jede Vertragspartei unterrichtet den Generalsekretär der Vereinten Nationen unverzüglich über die Bestimmungen, die sie gemäß den Absätzen 1 und 2 getroffen hat, und über die Änderungen, die nachträglich in dieser Hinsicht eintreten.

(4) Die Übermittlungs- und Empfangsstellen dürfen mit den Übermittlungs- und Empfangsstellen anderer Vertragsparteien unmittelbar verkehren.

Article 3

Application to Transmitting Agency

1. Where a claimant is in the territory of one Contracting Party, hereinafter referred to as the State of the claimant, and the respondent is subject to the jurisdiction of another Contracting Party, hereinafter referred to as the State of the respondent, the claimant may make application to a Transmitting Agency in the State of the claimant for the recovery of maintenance from the respondent.

2. Each Contracting Party shall inform the Secretary-General as to the evidence normally required under the law of the State of the Receiving Agency for the proof of maintenance claims, of the manner in which such evidence should be submitted, and of other requirements to be complied with under such law.

3. The application shall be accompanied by all relevant documents, including, where necessary, a power of attorney authorizing the Receiving Agency to act, or to appoint some other person to act, on behalf of the claimant. It shall also be accompanied by a photograph of the claimant and, where available, a photograph of the respondent.

4. The Transmitting Agency shall take all reasonable steps to ensure that the requirements of the law of the State of the Receiving Agency are complied with; and, subject to the requirements of such law, the application shall include:

(a) the full name, address, date of birth, nationality, and occupation of the claimant, and the name and address of any legal representative of the claimant;

(b) the full name of the respondent, and, so far as known to the claimant, his addresses during the preceding five years, date of birth, nationality, and occupation;

(c) particulars of the grounds upon which the claim is based and of the relief sought, and any other relevant information such as the financial and family circumstances of the claimant and the respondent.

Article 4

Transmission of documents

1. The Transmitting Agency shall transmit the documents to the Receiving Agency of the State of the respondent, unless satisfied that the application is not made in good faith.

2. Before transmitting such documents, the Transmitting Agency shall satisfy itself that they are regular as to form, in accordance with the law of the State of the claimant.

3. The Transmitting Agency may express to the Receiving Agency an opinion as to the merits of the case and may recommend that free legal aid and exemption from costs be given to the claimant.

Article 5

Transmission of judgements and other judicial acts

1. The Transmitting Agency shall, at the request of the claimant, transmit, under the provisions of article 4, any order, final or provisional, and any other judicial

Article 3

Présentation de la demande à l'Autorité expéditrice

1. Lorsqu'un créancier se trouve sur le territoire d'une Partie contractante, désignée ci-après comme l'État du créancier, et que le débiteur se trouve sous la juridiction d'une autre Partie contractante, désignée ci-après comme l'État du débiteur, le premier peut adresser une demande à une Autorité expéditrice de l'État où il se trouve pour obtenir des aliments de la part du débiteur.

2. Chaque Partie contractante informe le Secrétaire général des éléments de preuve normalement exigés à l'appui des demandes alimentaires par la loi de l'État de l'Institution intermédiaire, des conditions dans lesquelles ceux-ci doivent être fournis pour être recevables et des autres conditions fixées par cette loi.

3. La demande doit être accompagnée de tous les documents pertinents et notamment, le cas échéant, d'une procuration qui autorise l'Institution intermédiaire à agir au nom du créancier ou à désigner une personne habilitée à agir au nom du créancier; elle sera également accompagnée d'une photographie du créancier et, si possible, d'une photographie du débiteur.

4. L'Autorité expéditrice prend toutes les mesures possibles pour que les exigences de la loi de l'État de l'Institution intermédiaire soient respectées; sous réserve des dispositions de cette loi, la demande comprend les renseignements suivants:

a) Les nom et prénoms, adresse, date de naissance, nationalité et profession du créancier ainsi que, le cas échéant, les nom et adresse de son représentant légal;

b) Les nom et prénoms du débiteur et, dans la mesure où le créancier en a connaissance, ses adresses successives pendant les cinq dernières années, sa date de naissance, sa nationalité et sa profession;

c) Un exposé détaillé des motifs sur lesquels est fondée la demande, l'objet de celle-ci et tout autre renseignement pertinent touchant notamment les ressources et la situation de famille du créancier et du débiteur.

Article 4

Transmission du dossier

1. L'Autorité expéditrice transmet le dossier à l'Institution intermédiaire désignée par l'État du débiteur à moins qu'elle ne considère la demande comme téméraire.

2. Avant de transmettre le dossier, l'Autorité expéditrice s'assure que les pièces à fournir sont, d'après la loi de l'État du créancier, en bonne et due forme.

3. L'Autorité expéditrice peut faire part à l'Institution intermédiaire de son opinion sur le bienfondé de la demande et recommander que le créancier bénéficie de l'assistance judiciaire et de l'exemption des frais.

Article 5

Transmission des jugements et autres actes judiciaires

1. L'Autorité expéditrice transmet, à la demande du créancier et conformément aux dispositions de l'article 4, toute décision provisoire ou définitive ou tout autre acte

Artículo 3

Solicitud a la Autoridad Remitente

1. Cuando el demandante se encuentre en el territorio de una de las Partes Contratantes, denominada en lo sucesivo Estado del demandante, y el demandado esté sujeto a la jurisdicción de otra Parte Contratante, que se denominará Estado del demandado, el primero podrá presentar una solicitud a la Autoridad Remitente de su Estado encaminada a obtener alimentos del demandado.

2. Cada Parte Contratante informará al Secretario General acerca de los elementos de prueba normalmente exigidos por la ley del Estado de la Institución Intermediaria para justificar la demanda de prestación de alimentos, de la forma en que la prueba debe ser presentada para ser admisible y de cualquier otro requisito que haya de satisfacerse de conformidad con esa ley.

3. La solicitud deberá ir acompañada de todos los documentos pertinentes, inclusive, en caso necesario, un poder que autorice a la Institución Intermediaria para actuar en nombre del demandante o para designar a un tercero con ese objeto. Se acompañará también una fotografía del demandante y, de ser posible, una fotografía del demandado.

4. La Autoridad Remitente adoptará las medidas a su alcance para asegurar el cumplimiento de los requisitos exigidos por la ley del Estado de la Institución Intermediaria. Sin perjuicio de lo que disponga dicha ley, la solicitud expresará:

a) El nombre y apellido del demandante, su dirección, fecha de nacimiento, nacionalidad y ocupación, y, en su caso, el nombre y dirección de su representante legal;

b) El nombre y apellido del demandado y, en la medida en que sean conocidas por el demandante, sus direcciones durante los últimos cinco años, su fecha de nacimiento, nacionalidad y ocupación;

c) Una exposición detallada de los motivos en que se funda la pretensión del demandante y del objeto de ésta y cualesquiera otros datos pertinentes, tales como los relativos a la situación económica y familiar del demandante y el demandado.

Artículo 4

Transmisión de los documentos

1. La Autoridad Remitente transmitirá los documentos a la Institución Intermediaria del Estado del demandado, a menos que considere que la solicitud no ha sido formulada de buena fe.

2. Antes de transmitir estos documentos, la Autoridad Remitente se cerciorará de que los mismos reúnen los requisitos de forma de acuerdo con la ley del Estado del demandante.

3. La Autoridad Remitente podrá hacer saber a la Institución Intermediaria su opinión sobre los méritos de la pretensión del demandante y recomendar que se conceda a éste asistencia jurídica gratuita y exención de costas.

Artículo 5

Transmisión de sentencias y otros actos judiciales

1. La Autoridad Remitente transmitirá, a solicitud del demandante y de conformidad con las disposiciones del artículo 4, cualquier decisión provisional o definitiva, o

Artikel 3

Einreichung von Gesuchen bei der Übermittlungsstelle

(1) Befindet sich ein Berechtigter in dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei (im folgenden als Staat des Berechtigten bezeichnet) und untersteht der Verpflichtete der Gerichtsbarkeit einer anderen Vertragspartei (im folgenden als Staat des Verpflichteten bezeichnet), so kann der Berechtigte bei einer Übermittlungsstelle des Staates, in dem er sich befindet, ein Gesuch einreichen, mit dem er den Anspruch auf Gewährung des Unterhalts gegen den Verpflichteten geltend macht.

(2) Jede Vertragspartei teilt dem Generalsekretär mit, welche Beweise nach dem Recht des Staates der Empfangsstelle für den Nachweis von Unterhaltsansprüchen in der Regel erforderlich sind, wie diese Beweise beigebracht und welche anderen Erfordernisse nach diesem Recht erfüllt werden müssen.

(3) Dem Gesuch sind alle erheblichen Urkunden beizufügen einschließlich einer etwa erforderlichen Vollmacht, welche die Empfangsstelle ermächtigt, in Vertretung des Berechtigten tätig zu werden oder eine andere Person hierfür zu bestellen. Ferner ist ein Lichtbild des Berechtigten und, falls verfügbar, auch ein Lichtbild des Verpflichteten beizufügen.

(4) Die Übermittlungsstelle unternimmt alle geeigneten Schritte, um sicherzustellen, daß die Erfordernisse des in dem Staate der Empfangsstelle geltenden Rechts erfüllt werden; das Gesuch muß unter Berücksichtigung dieses Rechts mindestens folgendes enthalten:

a) den Namen und die Vornamen, die Anschrift, das Geburtsdatum, die Staatsangehörigkeit und den Beruf oder die Beschäftigung des Berechtigten sowie gegebenenfalls den Namen und die Anschrift seines gesetzlichen Vertreters;

b) den Namen und die Vornamen des Verpflichteten; ferner, soweit der Berechtigte hiervon Kenntnis hat, die Anschriften des Verpflichteten in den letzten fünf Jahren, sein Geburtsdatum, seine Staatsangehörigkeit und seinen Beruf oder seine Beschäftigung;

c) nähere Angaben über die Gründe, auf die der Anspruch gestützt wird, und über Art und Höhe des geforderten Unterhalts und sonstige erhebliche Angaben, wie zum Beispiel über die finanziellen und familiären Verhältnisse des Berechtigten und des Verpflichteten.

Artikel 4

Übersendung der Vorgänge

(1) Die Übermittlungsstelle übersendet die Vorgänge der Empfangsstelle des Staates des Verpflichteten, es sei denn, daß sie zu der Überzeugung gelangt, das Gesuch sei mutwillig gestellt.

(2) Bevor die Übermittlungsstelle die Vorgänge übersendet, überzeugt sie sich davon, daß die Schriftstücke in der Form dem Recht des Staates des Berechtigten entsprechen.

(3) Die Übermittlungsstelle kann für die Empfangsstelle eine Äußerung darüber beifügen, ob sie den Anspruch sachlich für begründet hält; sie kann auch empfehlen, dem Berechtigten das Armenrecht und die Befreiung von Kosten zu gewähren.

Artikel 5

Übersendung von Urteilen und anderen gerichtlichen Titeln

(1) Die Übermittlungsstelle übersendet gemäß Artikel 4 auf Antrag des Berechtigten endgültige oder vorläufige Entscheidungen und andere gerichtliche Titel, die

act, obtained by the claimant for the payment of maintenance in a competent tribunal of any of the Contracting Parties, and, where necessary and possible, the record of the proceedings in which such order was made.

2. The orders and judicial acts referred to in the preceding paragraph may be transmitted in substitution for or in addition to the documents mentioned in article 3.

3. Proceedings under article 6 may include, in accordance with the law of the State of the respondent, exequatur or registration proceedings or an action based upon the act transmitted under paragraph 1.

judiciaire d'ordre alimentaire intervenus en faveur du créancier dans un tribunal compétent de l'une des Parties contractantes, et, s'il est nécessaire et possible, le compte rendu des débats au cours desquels cette décision a été prise.

2. Les décisions et actes judiciaires visés au paragraphe précédent peuvent remplacer ou compléter les pièces mentionnées à l'article 3.

3. La procédure prévue à l'article 6 peut être, selon la loi de l'État du débiteur, soit une procédure d'exequatur ou d'enregistrement, soit une nouvelle action fondée sur la décision transmise en vertu des dispositions du paragraphe 1.

Article 6

Functions of the Receiving Agency

1. The Receiving Agency shall, subject always to the authority given by the claimant, take, on behalf of the claimant, all appropriate steps for the recovery of maintenance, including the settlement of the claim and, where necessary, the institution and prosecution of an action for maintenance and the execution of any order or other judicial act for the payment of maintenance.

2. The Receiving Agency shall keep the Transmitting Agency currently informed. If it is unable to act, it shall inform the Transmitting Agency of its reasons and return the documents.

3. Notwithstanding anything in this Convention, the law applicable in the determination of all questions arising in any such action or proceedings shall be the law of the State of the respondent, including its private international law.

Article 6

Fonctions de l'Institution intermédiaire

1. Agissant dans les limites des pouvoirs conférés par le créancier, l'Institution intermédiaire prend, au nom du créancier, toutes mesures propres à assurer le recouvrement des aliments. Notamment, elle transige et, lorsque cela est nécessaire, elle intente et poursuit une action alimentaire et fait exécuter tout jugement, ordonnance ou autre acte judiciaire.

2. L'Institution intermédiaire tient l'Autorité expéditrice au courant. Si elle ne peut agir, elle en donne les raisons et renvoie le dossier à l'Autorité expéditrice.

3. Nonobstant toute disposition de la présente Convention, la loi régissant lesdites actions et toutes questions connexes est la loi de l'État du débiteur, notamment en matière de droit international privé.

Article 7

Letters of request

If provision is made for letters of request in the laws of the two Contracting Parties concerned, the following rules shall apply:

(a) A tribunal hearing an action for maintenance may address letters of request for further evidence, documentary or otherwise, either to the competent tribunal of the other Contracting Party or to any other authority or institution designated by the other Contracting Party in whose territory the request is to be executed.

(b) In order that the parties may attend or be represented, the requested authority shall give notice of the date on which and the place at which the proceedings requested are to take place to the Receiving Agency and the Transmitting Agency concerned, and to the respondent.

(c) Letters of request shall be executed with all convenient speed; in the event of such letters of request not being executed within four months from the receipt of the letters by the requested authority, the reasons for such non-execution or for such delay shall be communicated to the requesting authority.

(d) The execution of letters of request shall not give rise to reimbursement of fees or costs of any kind whatsoever.

Article 7

Commissions rogatoires

Au cas où la loi des deux Parties contractantes intéressées admet des commissions rogatoires, les dispositions suivantes sont applicables:

a) Le tribunal saisi de l'action alimentaire pourra, pour obtenir des documents ou d'autres preuves, demander l'exécution d'une commission rogatoire soit au tribunal compétent de l'autre Partie contractante, soit à toute autre autorité ou institution désignée par la Partie contractante où la commission doit être exécutée.

b) Afin que les Parties puissent y assister ou s'y faire représenter, l'autorité requise est obligée d'informer l'Autorité expéditrice et l'Institution intermédiaire intéressées, ainsi que le débiteur, de la date et du lieu où il sera procédé à la mesure sollicitée.

c) La commission rogatoire doit être exécutée avec toute la diligence voulue; si elle n'est pas exécutée dans un délai de quatre mois à partir du moment de la réception de la commission par l'autorité requise, l'autorité requérante devra être informée des raisons de la non-exécution ou du retard.

d) L'exécution de la commission rogatoire ne pourra donner lieu au remboursement de taxes ou de frais de quelque nature que ce soit.

cualquier otro acto judicial que haya intervenido en materia de alimentos en favor del demandante en un tribunal competente de cualquiera de las Partes Contratantes, y, si fuere necesario y posible, copia de las actuaciones en que haya recaído esa decisión.

2. Las decisiones y actos judiciales a que se refiere el párrafo precedente podrán ser transmitidos para reemplazar o completar los documentos mencionados en el artículo 3.

3. El procedimiento previsto en el artículo 6 podrá incluir, conforme a la ley del Estado del demandado, el exequátur o el registro, o una nueva acción basada en la decisión transmitida en virtud de lo dispuesto en el párrafo 1.

der Berechtigte bei einem zuständigen Gericht einer Vertragspartei wegen der Leistung von Unterhalt erwirkt hat, und, falls notwendig und möglich, die Akten des Verfahrens, in dem die Entscheidung ergangen ist.

(2) Die in Absatz 1 erwähnten Entscheidungen und gerichtlichen Titel können an Stelle oder in Ergänzung der in Artikel 3 genannten Urkunden übersandt werden.

(3) Die in Artikel 6 vorgesehenen Verfahren können entsprechend dem Recht des Staates des Verpflichteten entweder Verfahren zum Zwecke der Vollstreckbarerklärung (Exequatur oder Registrierung) oder eine Klage umfassen, die auf einen gemäß Absatz 1 übersandten Titel gestützt wird.

Artículo 6

Funciones de la Institución Intermediaria

1. La Institución Intermediaria, actuando siempre dentro de las facultades que le haya conferido el demandante, tomará todas las medidas apropiadas para obtener el pago de alimentos, inclusive por transacción, y podrá, en caso necesario, iniciar y proseguir una acción de alimentos y hacer ejecutar cualquier sentencia, decisión u otro acto judicial.

2. La Institución Intermediaria tendrá convenientemente informada a la Autoridad Remitente. Si no pudiere actuar, le hará saber los motivos de ello y le devolverá la documentación.

3. No obstante cualquier disposición de esta Convención, la ley aplicable a la resolución de las acciones de alimentos y de toda cuestión que surja con ocasión de las mismas será la ley del Estado del demandado, inclusive el derecho internacional privado de ese Estado.

Artikel 6

Aufgaben der Empfangsstelle

(1) Die Empfangsstelle unternimmt im Rahmen der ihr von dem Berechtigten erteilten Ermächtigung und in seiner Vertretung alle geeigneten Schritte, um die Leistung von Unterhalt herbeizuführen; dazu gehört insbesondere eine Regelung des Anspruchs im Wege des Vergleichs und, falls erforderlich, die Erhebung und Verfolgung einer Unterhaltsklage sowie die Vollstreckung einer Entscheidung oder eines anderen gerichtlichen Titels auf Zahlung von Unterhalt.

(2) Die Empfangsstelle unterrichtet laufend die Übermittlungsstelle. Kann sie nicht tätig werden, so teilt sie der Übermittlungsstelle die Gründe hierfür mit und sendet die Vorgänge zurück.

(3) Ungeachtet der Vorschriften dieses Übereinkommens ist bei der Entscheidung aller Fragen, die sich bei einer Klage oder in einem Verfahren wegen Gewährung von Unterhalt ergeben, das Recht des Staates des Verpflichteten einschließlich des internationalen Privatrechts dieses Staates anzuwenden.

Artículo 7

Exhortos

Si las leyes de las dos Partes Contratantes interesadas admiten exhortos, se aplicarán las disposiciones siguientes:

a) El tribunal que conozca de la acción de alimentos podrá enviar exhortos para obtener más pruebas, documentales o de otra especie, al tribunal competente de la otra Parte Contratante o a cualquier otra autoridad o institución designada por la Parte Contratante en cuyo territorio haya de diligenciarse el exhorto.

b) A fin de que las Partes puedan asistir a este procedimiento o estar representadas en él, la autoridad requerida deberá hacer saber a la Institución Intermediaria, a la Autoridad Remitente que corresponda y al demandado, la fecha y el lugar en que hayan de practicarse las diligencias solicitadas.

c) Los exhortos deberán cumplimentarse con la diligencia debida; y si a los cuatro meses de recibido un exhorto por la autoridad requerida no se hubiere diligenciado, deberán comunicarse a la autoridad requirente las razones a que obedezca la demora o la falta de cumplimiento.

d) La tramitación del exhorto no dará lugar al reembolso de derechos o costas de ninguna clase.

Artikel 7

Rechtshilfeersuchen

Kann nach dem Recht der beiden in Betracht kommenden Vertragsparteien um Rechtshilfe ersucht werden, so gilt folgendes:

a) Ein Gericht, bei dem eine Unterhaltsklage anhängig ist, kann Ersuchen um Erhebung weiterer Beweise, sei es durch Urkunden oder durch andere Beweismittel, entweder an das zuständige Gericht der anderen Vertragspartei oder an jede andere Behörde oder Stelle richten, welche die andere Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Ersuchen erledigt werden soll, bestimmt hat.

b) Um den Parteien die Anwesenheit oder Vertretung in dem Beweistermin zu ermöglichen, teilt die ersuchte Behörde der beteiligten Empfangs- und Übermittlungsstelle sowie dem Verpflichteten den Zeitpunkt und den Ort der Durchführung des Rechtshilfeersuchens mit.

c) Rechtshilfeersuchen werden mit möglichster Beschleunigung erledigt; ist ein Ersuchen nicht innerhalb von vier Monaten nach Eingang bei der ersuchten Behörde erledigt, so werden der ersuchenden Behörde die Gründe für die Nichterledigung oder Verzögerung mitgeteilt.

d) Für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen werden Gebühren oder Kosten irgendwelcher Art nicht erstattet.

(e) Execution of letters of request may only be refused:

(1) If the authenticity of the letters is not established;

(2) If the Contracting Party in whose territory the letters are to be executed deems that its sovereignty or safety would be compromised thereby.

e) L'exécution de la commission rogatoire ne pourra être refusée que:

1. Si l'authenticité du document n'est pas établie;

2. Si la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'exécution devait avoir lieu la juge de nature à porter atteinte à sa souveraineté ou à sa sécurité.

Article 8

Variation of orders

The provisions of this Convention apply also to applications for the variation of maintenance orders.

Article 8

Modification des décisions judiciaires

Les dispositions de la présente Convention sont également applicables aux demandes tendant à la modification des décisions judiciaires rendues en matière d'obligations alimentaires.

Article 9

Exemptions and facilities

1. In proceedings under this Convention, claimants shall be accorded equal treatment and the same exemptions in the payment of costs and charges as are given to residents or nationals of the State where the proceedings are pending.

2. Claimants shall not be required, because of their status as aliens or non-residents, to furnish any bond or make any payment or deposit as security for costs or otherwise.

3. Transmitting and Receiving Agencies shall not charge any fees in respect of services rendered under this Convention.

Article 9

Exemptions et facilités

1. Dans les procédures régies par la présente Convention, les créanciers bénéficient du traitement et des exemptions de frais et dépens accordés aux créanciers qui résident dans l'État où l'action est intentée ou qui en sont ressortissants.

2. Les créanciers étrangers ou non résidents ne peuvent être tenus de fournir une caution *judicatum solvi*, ni de faire aucun autre versement ou dépôt.

3. Aucune rémunération ne peut être perçue par les Autorités expéditrices et les Institutions intermédiaires pour les services qu'elles rendent conformément aux dispositions de la présente Convention.

Article 10

Transfer of funds

A Contracting Party, under whose law the transfer of funds abroad is restricted, shall accord the highest priority to the transfer of funds payable as maintenance or to cover expenses in respect of proceedings under this Convention.

Article 10

Transferts de fonds

Les Parties contractantes dont la loi impose des restrictions aux transferts de fonds à l'étranger accorderont la priorité la plus élevée aux transferts de fonds destinés à être versés comme aliments ou à couvrir des frais encourus pour toute action en justice régie par la présente Convention.

Article 11

Federal State clause

In the case of a Federal or non-unitary State, the following provisions shall apply:

(a) With respect to those articles of this Convention that come within the legislative jurisdiction of the federal legislative authority, the obligations of the Federal Government shall to this extent be the same as those of Parties which are not Federal States;

(b) With respect to those articles of this Convention that come within the legislative jurisdiction of constituent States, provinces or cantons which are not, under the constitutional system of the Federation, bound to take legislative action, the Federal Government shall bring such articles with a favourable recommendation to the notice of the appropriate authorities of States, provinces or cantons at the earliest possible moment;

Article 11

Clause fédérale

Dans le cas d'un État fédératif ou non unitaire, les dispositions ci-après s'appliqueront:

a) En ce qui concerne les articles de la présente Convention dont la mise en œuvre relève de l'action législative du pouvoir législatif fédéral, les obligations du Gouvernement fédéral seront, dans cette mesure, les mêmes que celles des Parties qui ne sont pas des États fédératifs;

b) En ce qui concerne les articles de la présente Convention dont l'application relève de l'action législative de chacun des États, provinces ou cantons constituants, qui ne sont pas, en vertu du système constitutionnel de la Fédération, tenus de prendre des mesures législatives, le Gouvernement fédéral portera le plus tôt possible, et avec son avis favorable, lesdits articles à la connaissance des autorités compétentes des États, provinces ou cantons;

e) Sólo podrá negarse la tramitación del exhorto:

1) Si no se hubiere establecido la autenticidad del documento;

2) Si la Parte Contratante en cuyo territorio ha de diligenciarse el exhorto juzga que la tramitación de éste menoscabaría su soberanía o su seguridad.

Artículo 8

Modificación de decisiones judiciales

Las disposiciones de la presente Convención se aplicarán asimismo a las solicitudes de modificación de decisiones judiciales dictadas en materia de prestación de alimentos.

Artículo 9

Exenciones y facilidades

1. En los procedimientos regidos por esta Convención los demandantes gozarán del mismo trato y de las mismas exenciones de gastos y costas otorgadas por la ley del Estado en que se efectúe el procedimiento a sus nacionales o a sus residentes.

2. No podrá imponerse a los demandantes, por su condición de extranjeros o por carecer de residencia, caución, pago o depósito alguno para garantizar el pago de costas o cualquier otro cargo.

3. Las Autoridades Remitentes y las Instituciones Intermediarias no percibirán remuneración de ninguna clase por los servicios prestados de conformidad con esta Convención.

Artículo 10

Transferencias de fondos

La Parte Contratante cuya legislación imponga restricciones a la transferencia de fondos al extranjero concederá la máxima prioridad a la transferencia de fondos destinados al pago de alimentos o a cubrir los gastos a que den lugar los procedimientos previstos en esta Convención.

Artículo 11

Cláusula relativa a los Estados federales

Con respecto a los Estados federales o no unitarios, se aplicarán las disposiciones siguientes:

a) En lo concerniente a los artículos de esta Convención cuya aplicación dependa de la acción legislativa del poder legislativo federal, las obligaciones del gobierno federal serán, en esta medida, las mismas que las de las Partes que no son Estados federales;

b) En lo concerniente a los artículos de esta Convención cuya aplicación dependa de la acción legislativa de cada uno de los Estados, provincias o cantones constituyentes que, en virtud del régimen constitucional de la federación, no estén obligados a adoptar medidas legislativas, el gobierno federal, a la mayor brevedad posible y con recomendación favorable, comunicará el texto de dichos artículos a las autoridades competentes de los Estados, provincias o cantones;

e) Die Erledigung eines Rechtshilfeersuchens darf nur abgelehnt werden:

1. wenn die Echtheit des Ersuchens nicht feststeht;

2. wenn die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Ersuchen erledigt werden soll, dessen Ausführung für geeignet hält, ihre Hoheitsrechte oder ihre Sicherheit zu gefährden.

Artikel 8

Änderung von Entscheidungen

Dieses Übereinkommen gilt auch für Gesuche, mit denen eine Änderung von Unterhaltsentscheidungen begehrt wird.

Artikel 9

Befreiungen und Erleichterungen

(1) In Verfahren, die auf Grund dieses Übereinkommens durchgeführt werden, genießen die Berechtigten die gleiche Behandlung und dieselben Befreiungen von der Zahlung von Gebühren und Auslagen wie die Bewohner oder Staatsangehörigen des Staates, in dem das Verfahren anhängig ist.

(2) Die Berechtigten sind nicht verpflichtet, wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer oder wegen Fehlens eines inländischen Aufenthalts als Sicherheit für die Prozeßkosten oder andere Zwecke eine Garantieerklärung beizubringen oder Zahlungen oder Hinterlegungen vorzunehmen.

(3) Die Übermittlungs- und Empfangsstellen erheben für ihre Tätigkeit, die sie auf Grund dieses Übereinkommens leisten, keine Gebühren.

Artikel 10

Überweisung von Geldbeträgen

Bestehen nach dem Recht einer Vertragspartei Beschränkungen für die Überweisung von Geldbeträgen in das Ausland, so gewährt diese Vertragspartei der Überweisung von Geldbeträgen, die zur Erfüllung von Unterhaltsansprüchen oder zur Deckung von Ausgaben für Verfahren nach diesem Übereinkommen bestimmt sind, den größtmöglichen Vorrang.

Artikel 11

Klausel für Bundesstaaten

Für einen Bundesstaat oder einen Staat, der kein Einheitsstaat ist, gilt folgendes:

a) Hinsichtlich solcher Artikel dieses Übereinkommens, für deren Ausführung der Bund die Gesetzgebungsbefugnis hat, sind die Verpflichtungen der Bundesregierung die gleichen wie diejenigen der Vertragsparteien, die keine Bundesstaaten sind.

b) Solche Artikel dieses Übereinkommens, für deren Ausführung die Gliedstaaten, Provinzen oder Kantone die Gesetzgebungsbefugnis haben, ohne jedoch nach der Bundesverfassung zur Ergreifung gesetzgeberischer Maßnahmen verpflichtet zu sein, bringt die Bundesregierung sobald wie möglich den zuständigen Behörden der Gliedstaaten, Provinzen oder Kantonen befürwortend zur Kenntnis.

(c) A Federal State Party to this Convention shall, at the request of any other Contracting Party transmitted through the Secretary-General, supply a statement of the law and practice of the Federation and its constituent units in regard to any particular provision of the Convention, showing the extent to which effect has been given to that provision by legislative or other action.

c) Un État fédératif Partie à la présente Convention communiquera, à la demande de toute autre Partie contractante qui lui aura été transmise par le Secrétaire général, un exposé de la législation et des pratiques en vigueur dans la Fédération et ses unités constituantes en ce qui concerne telle ou telle disposition de la Convention indiquant la mesure dans laquelle effet a été donné, par une action législative ou autre, à ladite disposition.

Article 12

Territorial Application

The provisions of this Convention shall extend or be applicable equally to all non-self-governing, trust or other territories for the international relations of which a Contracting Party is responsible, unless the latter, on ratifying or acceding to this Convention, has given notice that the Convention shall not apply to any one or more of such territories. Any Contracting Party making such a declaration may, at any time thereafter, by notification to the Secretary-General, extend the application of the Convention to any or all of such territories.

Article 12

Application territoriale

Les dispositions de la présente Convention s'étendent ou s'appliquent, dans les mêmes conditions, aux territoires non autonomes, sous tutelle ou à tout territoire dont une Partie contractante assure les relations internationales, à moins que ladite Partie contractante, en ratifiant la présente Convention ou en y adhérant, ne déclare que la Convention ne s'appliquera pas à tel ou tel de ces territoires. Toute Partie contractante qui aura fait cette déclaration pourra ultérieurement, à tout moment, par notification adressée au Secrétaire général, étendre l'application de la Convention aux territoires ainsi exclus ou à l'un quelconque d'entre eux.

Article 13

Signature, ratification and accession

1. This Convention shall be open for signature until 31 December 1956 on behalf of any Member of the United Nations, any non-member State which is a Party to the Statute of the International Court of Justice, or member of a specialized agency, and any other non-member State which has been invited by the Economic and Social Council to become a Party to the Convention.

2. This Convention shall be ratified. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General.

3. This Convention may be acceded to at any time on behalf of any of the States referred to in paragraph 1 of this article. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General.

Article 13

Signature, ratification et adhésion

1. La présente Convention sera ouverte jusqu'au 31 décembre 1956 à la signature de tout État Membre de l'Organisation des Nations Unies, de tout État non membre qui est Partie au Statut de la Cour internationale de Justice ou membre d'une institution spécialisée, ainsi que de tout autre État non membre invité par le Conseil économique et social à devenir Partie à la Convention.

2. La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général.

3. Tout État mentionné au paragraphe 1 du présent article pourra, à tout moment, adhérer à la présente Convention. Les instruments d'adhésion seront déposées auprès du Secrétaire général.

Article 14

Entry into force

1. This Convention shall come into force on the thirtieth day following the date of deposit of the third instrument of ratification or accession in accordance with article 13.

2. For each State ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the third instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of the deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

Article 14

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour qui suivra la date du dépôt du troisième instrument de ratification ou d'adhésion, effectué conformément aux dispositions de l'article 13.

2. À l'égard de chacun des États qui la ratifiera ou y adhérera après le dépôt du troisième instrument de ratification ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le trentième jour qui suivra la date du dépôt par cet État de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 15

Denunciation

1. Any Contracting Party may denounce this Convention by notification to the Secretary-General. Such denunciation may also apply to some or all of the territories mentioned in Article 12.

2. Denunciation shall take effect one year after the date of receipt of the notification by the Secretary-General, except that it shall not prejudice cases pending at the time it becomes effective.

Article 15

Dénonciation

1. Toute Partie contractante pourra dénoncer la présente Convention par notification adressée au Secrétaire général. La dénonciation pourra également s'appliquer à l'un quelconque ou à l'ensemble des territoires mentionnés à l'article 12.

2. La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle la notification sera parvenue au Secrétaire général, étant entendu qu'elle ne s'appliquera pas aux affaires en cours au moment où elle prendra effet.

c) Todo Estado federal que sea Parte en la presente Convención proporcionará, a solicitud de cualquiera otra Parte Contratante que le haya sido transmitida por el Secretario General, un resumen de la legislación y de las prácticas vigentes en la federación y en sus entidades constitutivas con respecto a determinada diposición de la Convención, indicando hasta qué punto, por acción legislativa o de otra índole, se ha aplicado tal disposición.

Artículo 12

Aplicación territorial

Las disposiciones de la presente Convención se aplicarán igualmente a todos los territorios no autónomos o en fideicomiso y a todos los demás territorios de cuyas relaciones internacionales sea responsable una Parte Contratante, a menos que dicha Parte Contratante, al ratificar la Convención o adherirse a ella, haya declarado que no se aplicará a determinado territorio o territorios que estén en esas condiciones. Toda Parte Contratante que haya hecho esa declaración podrá en cualquier momento posterior extender la aplicación de la Convención al territorio o territorios así excluídos o a cualquiera de ellos, mediante notificación al Secretario General.

Artículo 13

Firma, Ratificación y Adhesión

1. La presente Convención quedará abierta hasta el 31 de diciembre de 1956 a la firma de todo Miembro de las Naciones Unidas, de todo Estado no miembro que sea parte en el Estatuto de la Corte Internacional de Justicia o miembro de un organismo especializado, y de todo otro Estado no miembro que haya sido invitado por el Consejo Económico y Social a participar en la Convención.

2. La presente Convención será ratificada. Los instrumentos de ratificación serán depositados en poder del Secretario General.

3. Cualquiera de los Estados que se mencionan en el párrafo 1 de este artículo podrá adherirse a la presente Convención en cualquier momento. Los instrumentos de adhesión serán depositados en poder del Secretario General.

Artículo 14

Entrada en vigor

1. La presente Convención entrará en vigor el trigésimo día siguiente a la fecha en que se haya efectuado el depósito del tercer instrumento de ratificación o de adhesión con arreglo a lo previsto en el artículo 13.

2. Con respecto a cada uno de los Estados que la ratifiquen o se adhieran a ella después del depósito del tercer instrumento de ratificación o adhesión, la Convención entrará en vigor 30 días después de la fecha en que dicho Estado deposite su instrumento de ratificación o de adhesión.

Artículo 15

Denuncia

1. Cualquiera de las Partes Contratantes podrá denunciar la presente Convención mediante notificación al Secretario General. Dicha denuncia podrá referirse también a todos o a algunos de los territorios mencionados en el artículo 12.

2. La denuncia surtirá efecto un año después de la fecha en que el Secretario General reciba la notificación, excepto para los casos que se estén sustanciando en la fecha en que entre en vigencia dicha denuncia.

c) Ein Bundesstaat, der Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, unterrichtet eine andere Vertragspartei auf ihr durch den Generalsekretär übermitteltes Ersuchen darüber, welche gesetzliche Regelung und Übung innerhalb des Bundes und seiner Gliedstaaten in Ansehung einer einzelnen Bestimmung des Übereinkommens besteht und inwieweit eine solche Bestimmung durch gesetzgeberische oder andere Maßnahmen wirksam geworden ist.

Artikel 12

Geltungsbereich

Dieses Übereinkommen ist auch auf alle Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung, Treuhandgebiete oder sonstigen Hoheitsgebiete, für deren internationale Beziehungen eine Vertragspartei verantwortlich ist, anzuwenden, es sei denn, daß sie bei der Ratifikation des Übereinkommens oder bei ihrem Beitritt erklärt hat, daß es auf eines oder mehrere dieser Hoheitsgebiete keine Anwendung findet. Jede Vertragspartei, die eine solche Erklärung abgegeben hat, kann in der Folge jederzeit durch eine an den Generalsekretär zu richtende Notifizierung die Anwendbarkeit des Übereinkommens auf eines oder mehrere oder alle dieser Hoheitsgebiete erstrecken.

Artikel 13

Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt bis zum 31. Dezember 1956 zur Unterzeichnung durch jedes Mitglied der Vereinten Nationen und jeden Nichtmitgliedstaat auf, der Vertragspartei des Statuts des Internationalen Gerichtshofes oder Mitglied einer Sonderorganisation ist oder an den eine Einladung des Wirtschafts- und Sozialrates ergangen ist, Vertragspartei des Übereinkommens zu werden.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei dem Generalsekretär hinterlegt.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Staaten können diesem Übereinkommen jederzeit beitreten. Die Beitrittsurkunden werden bei dem Generalsekretär hinterlegt.

Artikel 14

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem die dritte Ratifikations- oder Beitrittsurkunde gemäß Artikel 13 hinterlegt worden ist.

(2) Für jeden Staat, der das Übereinkommen nach Hinterlegung der dritten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beitritt, tritt es am dreißigsten Tage nach der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 15

Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifizierung kündigen. Die Kündigung kann sich auch auf einige oder alle der in Artikel 12 bezeichneten Hoheitsgebiete beziehen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifizierung bei dem Generalsekretär wirksam, ohne jedoch die Fälle zu berühren, die zur Zeit des Wirksamwerdens der Kündigung anhängig sind.

Article 16

Settlement of disputes

If a dispute should arise between Contracting Parties relating to the interpretation or application of this Convention, and if such dispute has not been settled by other means, it shall be referred to the International Court of Justice. The dispute shall be brought before the Court either by the notification of a special agreement or by a unilateral application of one of the parties to the dispute.

Article 16

Règlement des différends

S'il s'élève entre Parties contractantes un différend relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention, et si ce différend n'a pas été réglé par d'autres voies, il est porté devant la Cour internationale de Justice. Celle-ci est saisie soit par la notification d'un accord spécial, soit par la requête de l'une des parties au différend.

Article 17

Reservations

1. In the event that any State submits a reservation to any of the articles of this Convention at the time of ratification or accession, the Secretary-General shall communicate the text of the reservation to all States which are Parties to this Convention, and to the other States referred to in article 13. Any Contracting Party which objects to the reservation may, within a period of ninety days from the date of the communication, notify the Secretary-General that it does not accept it, and the Convention shall not then enter into force as between the objecting State and the State making the reservation. Any State thereafter acceding may make such notification at the time of its accession.

2. A Contracting Party may at any time withdraw a reservation previously made and shall notify the Secretary-General of such withdrawal.

Article 17

Réserves

1. Si au moment de la signature, de la ratification ou de l'adhésion, un État fait une réserve à l'un des articles de la présente Convention, le Secrétaire général communiquera le texte de la réserve à tous les États qui sont Parties à cette Convention et aux autres États visés à l'article 13. Toute Partie contractante qui n'accepte pas ladite réserve peut, dans un délai de quatre-vingt-dix jours à partir de la date de cette communication, notifier au Secrétaire général qu'elle n'accepte pas la réserve et, dans ce cas, la Convention n'entrera pas en vigueur entre l'État qui soulève l'objection et l'État auteur de la réserve. Tout État qui, par la suite, adhérera à la Convention pourra, au moment de son adhésion, procéder à une notification de ce genre.

2. Une Partie contractante pourra à tout moment retirer une réserve qu'elle aura faite et devra notifier ce retrait au Secrétaire général.

Article 18

Reciprocity

A Contracting Party shall not be entitled to avail itself of this Convention against other Contracting Parties except to the extent that it is itself bound by he Convention.

Article 18

Réciprocité

Une Partie contractante ne peut se réclamer des dispositions de la présente Convention contre d'autres Parties contractantes que dans la mesure où elle est elle-même liée par la présente Convention.

Article 19

Notifications by the Secretary-General

1. The Secretary-General shall inform all Members of the United Nations and the non-member States referred to in article 13:

(a) of communications under paragraph 3 of article 2;

(b) of information received under paragraph 2 of article 3;

(c) of declarations and notifications made under article 12;

(d) of signatures, ratifications and accessions under article 13;

(e) of the date on which the Convention has entered into force under paragraph 1 of article 14;

(f) of denunciations made under paragraph 1 of article 15;

(g) of reservations and notifications made under article 17.

2. The Secretary-General shall also inform all Contracting Parties of requests for revision and replies thereto received under article 20.

Article 19

Notifications par le Secrétaire général

1. Le Secrétaire général notifiera à tous les États Membres des Nations Unies et aux États non membres visés à l'article 13:

a) Les communications prévues au paragraphe 3 de l'article 2;

b) Les renseignements fournis conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'article 3;

c) Les déclarations et notifications faites conformément aux dispositions de l'article 12;

d) Les signatures, ratifications et adhésions faites conformément aux dispositions de l'article 13;

e) La date à laquelle la Convention est entrée en vigueur conformément au paragraphe 1 de l'article 14;

f) Les dénonciations faites conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 15;

g) Les réserves et notifications faites conformément aux dispositions de l'article 17.

2. Le Secrétaire général notifiera également à toutes les Parties contractantes les demandes de revision et les réponses faites à ces demandes en vertu de l'article 20.

Artículo 16

Solución de controversias

Si surgiere entre Partes Contratantes una controversia respecto a la interpretación o aplicación de la presente Convención, y si tal controversia no pudiere ser resuelta por otros medios, será sometida a la Corte Internacional de Justicia. La controversia será planteada ante la Corte mediante la notificación del compromiso concertado por las Partes en la controversia, o unilateralmente a solicitud de una de ellas.

Artikel 16

Beilegung von Streitigkeiten

Entsteht zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens eine Streitigkeit und kann sie nicht auf andere Weise beigelegt werden, so wird sie dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet. Die Streitigkeit wird entweder durch Notifizierung einer dahingehenden Vereinbarung oder durch einseitigen Antrag einer Streitpartei vor den Gerichtshof gebracht.

Artículo 17

Reservas

1. Si un Estado formula una reserva relativa a cualquier artículo de la presente Convención en el momento de depositar el instrumento de ratificación o de adhesión, el Secretario General comunicará el texto de la reserva a las demás Partes Contratantes y a todos los demás Estados mencionados en el artículo 13. Toda Parte Contratante que se oponga a la reserva podrá notificar al Secretario General, dentro del plazo de noventa días contados a partir de la fecha de la comunicación, que no acepta dicha reserva, y en tal caso la Convención no entrará en vigor entre el Estado que haya objetado la reserva y el que la haya formulado. Todo Estado que se adhiera posteriormente a la Convención podrá hacer esta notificación en el momento de depositar su instrumento de adhesión.

2. Toda Parte Contratante podrá retirar en cualquier momento una reserva que haya formulado anteriormente y deberá notificar esa decisión al Secretario General.

Artikel 17

Vorbehalte

(1) Macht ein Staat im Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts einen Vorbehalt zu einem Artikel dieses Übereinkommens, so übermittelt der Generalsekretär den Wortlaut des Vorbehalts allen Staaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, sowie den sonstigen in Artikel 13 bezeichneten Staaten. Jede Vertragspartei, die dem Vorbehalt widerspricht, kann innerhalb von neunzig Tagen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung dem Generalsekretär notifizieren, daß sie den Vorbehalt nicht anerkennt; in einem solchen Falle tritt das Übereinkommen zwischen dem Staat, der Widerspruch erhoben hat, und dem Staat, der den Vorbehalt gemacht hat, nicht in Kraft. Jeder später beitretende Staat kann eine solche Notifizierung bei seinem Beitritt abgeben.

(2) Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt gemacht hat, kann ihn jederzeit zurücknehmen; sie hat dies dem Generalsekretär zu notifizieren.

Artículo 18

Reciprocidad

Una Parte Contratante no podrá invocar las disposiciones de la presente Convención respecto de otra Parte Contratante sino en la medida en que ella misma esté obligada.

Artikel 18

Gegenseitigkeit

Eine Vertragspartei darf sich gegenüber einer anderen Vertragspartei nur insoweit auf dieses Übereinkommen berufen, als sie selbst daran gebunden ist.

Artículo 19

Notificaciones del Secretario General

1. El Secretario General notificará a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros mencionados en el artículo 13:

a) las comunicaciones previstas en el párrafo 3 del artículo 2;

b) las informaciones recibidas conforme al párrafo 2 del artículo 3;

c) las declaraciones y notificaciones hechas conforme al artículo 12;

d) las firmas, ratificaciones y adhesiones hechas conforme al artículo 13;

e) la fecha en que la Convención haya entrado en vigor conforme a las disposiciones del párrafo 1 del artículo 14;

f) las denuncias hechas conforme al artículo 1 del párrafo 15;

g) las reservas y notificaciones hechas conforme al artículo 17.

2. El Secretario General notificará también a todas las Partes Contratantes las solicitudes de revisión y las respuestas a las mismas hechas conforme a lo dispuesto en el artículo 20.

Artikel 19

Mitteilungen des Generalsekretärs

(1) Der Generalsekretär macht allen Mitgliedern der Vereinten Nationen und den in Artikel 13 bezeichneten Nichtmitgliedstaaten Mitteilung über:

a) Unterrichtungen gemäß Artikel 2 Absatz 3;

b) Mitteilungen gemäß Artikel 3 Absatz 2;

c) Erklärungen und Notifizierungen gemäß Artikel 12;

d) Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitrittserklärungen gemäß Artikel 13;

e) den Zeitpunkt, an dem dieses Übereinkommen gemäß Artikel 14 Absatz 1 in Kraft getreten ist;

f) Kündigungen gemäß Artikel 15 Absatz 1;

g) Vorbehalte und Notifizierungen gemäß Artikel 17.

(2) Der Generalsekretär unterrichtet ferner alle Vertragsparteien über Revisionsanträge und die Antworten darauf, die gemäß Artikel 20 eingegangen sind.

Article 20

Revision

1. Any Contracting Party may request revision of this Convention at any time by a notification addressed to the Secretary-General.

2. The Secretary-General shall transmit the notification to each Contracting Party with a request that such Contracting Party reply within four months whether it desires the convening of a Conference to consider the proposed revision. If a majority of the Contracting Parties favour the convening of a Conference it shall be convened by the Secretary-General.

Article 21

Languages and deposit of Convention

The original of this Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General, who shall transmit certified true copies thereof to all States referred to in article 13.

Article 20

Revision

1. Toute Partie contractante pourra demander en tout temps par notification adressée au Secrétaire général la revision de la présente Convention.

2. Le Secrétaire général transmettra cette notification à chacune des Parties contractantes en l'invitant à lui faire savoir, dans les quatre mois, si elle est favorable à la réunion d'une conférence qui étudierait la revision proposée. Si la majorité des Parties contractantes répond par l'affirmative, le Secrétaire général convoquera cette conférence.

Article 21

Dépôt de la Convention et langues

L'original de la présente Convention, dont les textes anglais, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général, qui en fera tenir des copies certifiées conformes à tous les États visés à l'article 13.

For AFGHANISTAN:
Pour l'AFGHANISTAN:
Por el AFGANISTÁN:

For ALBANIA:
Pour l'ALBANIE:
Por ALBANIA:

For ARGENTINA:
Pour l'ARGENTINE:
Por la ARGENTINA:

For AUSTRALIA:
Pour l'AUSTRALIE:
Por AUSTRALIA:

For AUSTRIA:
Pour l'AUTRICHE:
Por AUSTRIA:

(21. 12. 1956)

For the KINGDOM OF BELGIUM:
Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:
Por el REINO DE BÉLGICA:

For BOLIVIA:
Pour la BOLIVIE:
Por BOLIVIA:

G. Quiroga Galdo
(20. 6. 1956)

Artículo 20

Revisión

1. Toda Parte Contratante podrá pedir en cualquier momento la revisión de la presente Convención, mediante notificación dirigida al Secretario General.

2. El Secretario General transmitirá dicha notificación a cada una de las Partes Contratantes y le pedirá que manifieste dentro de un plazo de cuatro meses si desea la reunión de una conferencia para considerar la revisión propuesta. Si la mayoría de las Partes Contratantes responde en sentido afirmativo, dicha conferencia será convocada por el Secretario General.

Artikel 20

Revision

(1) Jede Vertragspartei kann jederzeit mittels einer an den Generalsekretär zu richtenden Notifizierung die Revision dieses Übereinkommens beantragen.

(2) Der Generalsekretär übermittelt jeder Vertragspartei die Notifizierung mit dem Ersuchen, innerhalb von vier Monaten mitzuteilen, ob die Einberufung einer Konferenz zur Beratung der vorgeschlagenen Revision für wünschenswert gehalten wird. Spricht sich die Mehrheit der Vertragsparteien für die Einberufung einer Konferenz aus, so wird sie durch den Generalsekretär einberufen.

Artículo 21

Idiomas y depósito de la Convención

El original de la presente Convención, cuyos textos español, chino, francés, inglés y ruso son igualmente auténticos, será depositado en poder del Secretario General, quien enviará copias certificadas conformes a todos los Estados a que se hace referencia en el artículo 13.

Artikel 21

Sprachen und Hinterlegung des Übereinkommens

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei dem Generalsekretär hinterlegt; dieser übermittelt allen in Artikel 13 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften.

Für AFGHANISTAN:

Für ALBANIEN:

Für ARGENTINIEN:

Für AUSTRALIEN:

Für ÖSTERREICH:

(21. 12. 1956)

Für das KÖNIGREICH BELGIEN:

Für BOLIVIEN:

G. Quiroga Galdo

(20. 6. 1956)

For BRAZIL:
Pour le BRÉSIL:
Por el BRASIL:

(31. 12. 1956)

For BULGARIA:
Pour la BULGARIE:
Por BULGARIA:

For the UNION OF BURMA:
Pour l'UNION BIRMANE:
Por la UNIÓN BIRMANA:

For the
BYELORUSSIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE
SOCIALISTE SOVIÉTIQUE DE BIÉLORUSSIE:
Por la REPÚBLICA
SOCIALISTA SOVIÉTICA DE BIELORUSIA:

For CAMBODIA:
Pour le CAMBODGE:
Por CAMBOJA:

Ly Chinly
(20. 6. 1956)

For CANADA:
Pour le CANADA:
Por el CANADÁ:

For CEYLON:
Pour CEYLAN:
Por CEILÁN:

R. S. S. Gunewardene
(20. 6. 1956)

For CHILE:
Pour le CHILI:
Por CHILE:

For CHINA:
Pour la CHINE:
Por la CHINA:

(4. 12. 1956)

For COLOMBIA:
Pour la COLOMBIE:
Por COLOMBIA:

(16. 7. 1956)

For COSTA RICA:
Pour le COSTA-RICA:
Por COSTA RICA:

Für BRASILIEN:

(31. 12. 1956)

Für BULGARIEN:

Für die BIRMANISCHE UNION:

Für die
WEISSRUSSISCHE SOZIALISTISCHE
SOWJETREPUBLIK:

Für KAMBODSCHA:

Ly Chinly
(20. 6. 1956)

Für KANADA:

Für CEYLON:

R. S. S. Gunewardene
(20. 6. 1956)

Für CHILE:

Für CHINA:

(4. 12. 1956)

Für KOLUMBIEN:

(16. 7. 1956)

Für COSTA RICA:

For CUBA:
Pour CUBA:
Por CUBA:

Uldarica Mañas
Silvia Shelton
(20. 6. 1956)

For CZECHOSLOVAKIA:
Pour la TCHÉCOSLOVAQUIE:
Por CHECOESLOVAQUIA:

For DENMARK:
Pour le DANEMARK:
Por DINAMARCA:

(28. 12. 1956)

For the DOMINICAN REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE DOMINICAINE:
Por la REPÚBLICA DOMINICANA:

R. O. Galván
(20. 6. 1956)

For ECUADOR:
Pour l'EQUATEUR:
Por el ECUADOR:

José V. Trujillo
(20. 6. 1956)

For EGYPT:
Pour l'ÉGYPTE:
Por EGIPTO:

For EL SALVADOR:
Pour le SALVADOR:
Por EL SALVADOR:

M. Rafael Urquía
(20. 6. 1956)

For ETHIOPIA:
Pour l'ÉTHIOPIE:
Por ETIOPÍA:

For FINLAND:
Pour la FINLANDE:
Por FINLANDIA:

For FRANCE:
Pour la FRANCE:
Por FRANCIA:

(5. 9. 1956)

Für KUBA:

Uldarica Mañas

Silvia Shelton

(20. 6. 1956)

Für die TSCHECHOSLOWAKEI:

Für DÄNEMARK:

(28. 12. 1956)

Für die
DOMINIKANISCHE REPUBLIK:

R. O. Galván

(20. 6. 1956)

Für ECUADOR:

José V. Trujillo

(20. 6. 1956)

Für ÄGYPTEN:

Für SALVADOR:

M. Rafael Urquía

(20. 6. 1956)

Für ÄTHIOPIEN:

Für FINNLAND:

Für FRANKREICH:

(5. 9. 1956)

For the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:
Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:
Por la REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA:

Arthur Bülow
Hans H. Wallichs
(20. 6. 1956)

For GREECE:
Pour la GRÈCE:
Por GRECIA:

Christian Palamas
(20. 6. 1956)

For GUATEMALA:
Pour le GUATEMALA:
Por GUATEMALA:

(20. 12. 1956)

For HAITI:
Pour HAÏTI:
Por HAITÍ:

(21. 12. 1956)

For HONDURAS:
Pour le HONDURAS:
Por HONDURAS:

For HUNGARY:
Pour la HONGRIE:
Por HUNGRÍA:

For ICELAND:
Pour l'ISLANDE:
Por ISLANDIA:

For INDIA:
Pour l'INDE:
Por la INDIA:

For INDONESIA:
Pour l'INDONÉSIE:
Por INDONESIA:

For IRAN:
Pour l'IRAN:
Por IRÁN:

For IRAQ:
Pour l'IRAK:
Por IRAK:

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Arthur Bülow
Hans H. Wallichs
(20. 6. 1956)

Für GRIECHENLAND:

Christian Palamas
(20. 6. 1956)

Für GUATEMALA:

(20. 12. 1956)

Für HAITI:

(21. 12. 1956)

Für HONDURAS:

Für UNGARN:

Für ISLAND:

Für INDIEN:

Für INDONESIEN:

Für IRAN:

Für IRAK:

For IRELAND:
Pour l'IRLANDE:
Por IRLANDA:

For ISRAEL:
Pour ISRAËL:
Por ISRAEL:

H. Cohn

(20. 6. 1956)

For ITALY:
Pour l'ITALIE:
Por ITALIA:

(10. 8. 1956)

For JAPAN:
Pour le JAPON:
Por el JAPÓN:

For the HASHEMITE KINGDOM OF JORDAN:
Pour le ROYAUME DE LA JORDANIE HACHÉMITE:
Por el REINO DE JORDANIA HACHIMITA:

For the REPUBLIC OF KOREA:
Pour la RÉPUBLIQUE DE CORÉE:
Por la REPÚBLICA DE COREA:

For LAOS:
Pour le LAOS:
Por LAOS:

For LEBANON:
Pour le LIBAN:
Por el LÍBANO:

For LIBERIA:
Pour le LIBÉRIA:
Por LIBERIA:

For LIBYA:
Pour la LIBYE:
Por LIBIA:

For LIECHTENSTEIN:
Pour le LIECHTENSTEIN:
Por LIECHTENSTEIN:

Für IRLAND:

Für ISRAEL:

H. Cohn

(20. 6. 1956)

Für ITALIEN:

(10. 8. 1956)

Für JAPAN:

Für das HASCHEMITISCHE KÖNIGREICH JORDANIEN:

Für die REPUBLIK KOREA:

Für LAOS:

Für LIBANON:

Für LIBERIA:

Für LIBYEN:

Für LIECHTENSTEIN:

For the GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:
Pour le GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG:
Por el GRAN DUCADO DE LUXEMBURGO:

For MEXICO:
Pour le MEXIQUE:
Por MÉXICO:

Luciano Joublanc Rivas
(20. 6. 1956)

For MONACO:
Pour MONACO:
Por MÓNACO:

Marcel Palmaro
(20. 6. 1956)

For MOROCCO:
Pour le MAROC:
Por MARRUECOS:

For NEPAL:
Pour le NÉPAL:
Por NEPAL:

For the KINGDOM OF THE NETHERLANDS:
Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS:
Por el REINO DE LOS PAÍSES BAJOS:

P. J. de Kanter
P. Eijssen
(20. 6. 1956)

For NEW ZEALAND:
Pour la NOUVELLE-ZÉLANDE:
Por NUEVA ZELANDIA:

For NICARAGUA:
Pour le NICARAGUA:
Por NICARAGUA:

For the KINGDOM OF NORWAY:
Pour le ROYAUME DE NORVÈGE:
Por el REINO DE NORUEGA:

For PAKISTAN:
Pour le PAKISTAN:
Por el PAKISTÁN:

For PANAMA:
Pour le PANAMA:
Por PANAMÁ:

Für das
GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG:

Für MEXICO:
Luciano Joublanc Rivas
(20. 6. 1956)

Für MONACO:
Marcel Palmaro
(20. 6. 1956)

Für MAROKKO:

Für NEPAL:

Für das
KONIGREICH DER NIEDERLANDE:
P. J. de Kanter
P. Eijssen
(20. 6. 1956)

Für NEUSEELAND:

Für NICARAGUA:

Für das
KONIGREICH NORWEGEN:

Für PAKISTAN:

Für PANAMA:

For PARAGUAY:
Pour le PARAGUAY:
Por el PARAGUAY:

For PERU:
Pour le PÉROU:
Por el PERÚ:

For the PHILIPPINE REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE DES PHILIPPINES:
Por la REPÚBLICA DE FILIPINAS:

Mauro Méndez

(20. 6. 1956)

For POLAND:
Pour la POLOGNE:
Por POLONIA:

For PORTUGAL:
Pour le PORTUGAL:
Por PORTUGAL:

For ROMANIA:
Pour la ROUMANIE:
Por RUMANIA:

For SAN MARINO:
Pour SAINT-MARIN:
Por SAN MARINO:

For SAUDI ARABIA:
Pour l'ARABIE SAOUDITE:
Por ARABIA SAUDITA:

For SPAIN:
Pour l'ESPAGNE:
Por ESPAÑA:

For the SUDAN:
Pour le SOUDAN:
Por el SUDÁN:

For SWEDEN:
Pour la SUÈDE:
Por SUECIA:

(4. 12. 1956)

Für PARAGUAY:

Für PERU:

Für die
REPUBLIK DER PHILIPPINEN:
Mauro Méndez
(20. 6. 1956)

Für POLEN:

Für PORTUGAL:

Für RUMÄNIEN:

Für SAN MARINO:

Für SAUDISCH-ARABIEN:

Für SPANIEN:

Für den SUDAN:

Für SCHWEDEN:
(4. 12. 1956)

For SWITZERLAND:
Pour la SUISSE:
Por SUIZA:

For SYRIA:
Pour la SYRIE:
Por SIRIA:

For THAILAND:
Pour la THAÏLANDE:
Por TAILANDIA:

For TUNESIA:
Pour la TUNISIE:
Por TÚNEZ:

For TURKEY:
Pour la TURQUIE:
Por TURQUÍA:

For the UKRAINIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:
Pour la
RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE D'UKRAINE:
Por la
REPÚBLICA SOCIALISTA SOVIÉTICA DE UCRANIA:

For the UNION OF SOUTH AFRICA:
Pour l'UNION SUD-AFRICAINE:
Por la UNIÓN SUDAFRICANA:

For the UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS:
Pour l'UNION
DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES:
Por la UNIÓN
DE REPÚBLICAS SOCIALISTAS SOVIÉTICAS:

For the UNITED KINGDOM
OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND:
Pour le ROYAUME-UNI
DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD:
Por el REINO UNIDO
DE GRAN BRETAÑA E IRLANDA DEL NORTE:

For the UNITED STATES OF AMERICA:
Pour les ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE:
Por los ESTADOS UNIDOS DE AMÉRICA:

Für die SCHWEIZ:

Für SYRIEN:

Für THAILAND:

Für TUNESIEN:

Für die TÜRKEI:

Für die
UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE
SOWJETREPUBLIK:

Für die
SÜDAFRIKANISCHE UNION:

Für die
UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN:

Für das
VEREINIGTE KÖNIGREICH
VON GROSSBRITANNIEN
UND NORDIRLAND:

Für die
VEREINIGTEN STAATEN
VON AMERIKA:

For URUGUAY:
Pour l'URUGUAY:
Por el URUGUAY:

For VATICAN CITY:
Pour la CITÉ DU VATICAN:
Por la CIUDAD DEL VATICANO:

Edward E. Swanstrom
Aloysius J. Wycislo
(20. 6. 1956)

For VENEZUELA:
Pour le VÉNÉZUÉLA:
Por VENEZUELA:

For VIET-NAM:
Pour le VIET-NAM:
Por VIETNAM:

For YEMEN:
Pour le YÉMEN:
Por el YEMEN:

For YUGOSLAVIA:
Pour la YOUGOSLAVIE:
Por YUGOESLAVIA:

(31. 12. 1956)

Für URUGUAY:

Für die VATIKANSTADT:

Edward E. Swanstrom

Aloysius J. Wycislo

(20. 6. 1956)

Für VENEZUELA:

Für VIETNAM:

Für JEMEN:

Für JUGOSLAWIEN:

(31. 12. 1956)

Bundesdruckerei Bonn 9924 6. 58

Denkschrift

Die Rechtsverfolgung von Unterhaltsansprüchen im Ausland ist seit langem ein vordringliches Problem der internationalen Fürsorge. Die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland ist meist mit Schwierigkeiten verbunden, weil der Unterhaltsberechtigte oft nicht imstande ist, die erforderlichen Mittel für eine Klage im Ausland aufzubringen. Er ist auch nicht mit dem ausländischen Recht und den Gerichtseinrichtungen im fremden Lande vertraut, so daß er von einem Prozeß im Ausland absehen muß. Eine feste und übersehbare Grundlage ist nur dort vorhanden, wo Verträge über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen bestehen, die auch Unterhaltsentscheidungen einschließen, wie dies im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien (RGBl. 1937 II S. 145) sowie der Schweiz (RGBl. 1930 II S. 1066) der Fall ist. Jedoch bringen zweiseitige Vollstreckungsverträge nur eine Teillösung. Sie sind zudem zahlenmäßig gering. Multilaterale Verträge lassen sich auf dem Gebiete der Vollstreckung erfahrungsgemäß überhaupt nicht oder nur sehr schwer erreichen. Hinzu kommt, daß Vollstreckungsverträge der einen oder anderen Art in den Fällen keine Hilfe bringen können, in denen der Unterhaltsberechtigte in seinem Heimatlande gegen den Unterhaltsverpflichteten keinen Titel erwirken kann, weil dieser nicht mehr einen inländischen Gerichtsstand hat. So suchte man sehr bald einen anderen Ausweg in der Richtung, dem Unterhaltsberechtigten die Verfolgung seines Anspruchs im Aufenthaltsland des Verpflichteten zu erleichtern. Das Bedürfnis, eine Regelung zu treffen, ist durch die Auswirkungen der beiden Kriege, die dazu führten, daß infolge von Auswanderungen oder Flucht Familienangehörige in verschiedenen Staaten getrennt leben mußten, in einem ungeahnten Maße gestiegen. Dazu trat das Problem, den unehelichen Kindern, welche die Truppenangehörigen in den Aufenthaltsländern zurückgelassen hatten, zu ihrem Recht zu verhelfen.

Der Völkerbund hatte das Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom schon im Jahre 1929 gebeten, eine internationale Regelung vorzubereiten. Dieses Institut legte im Jahre 1938 einen ersten Entwurf für ein Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Unterhaltssachen vor. Durch den Ausbruch des zweiten Weltkrieges wurden die Arbeiten jedoch unterbrochen. Nach Kriegsende nahmen die Vereinten Nationen die Frage wieder auf und baten das Institut in Rom, sein Werk fortzusetzen. So entstand der zweite (revidierte) Entwurf eines Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstrekkung von Entscheidungen in Unterhaltssachen von 1949 (Drucksache des Internationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechts — U.D.P.-Doc. 16 (1) —). Er sah vor, daß die Vertragsstaaten die Unterhaltsentscheidungen gegenseitig anerkennen und vollstrecken sollten. Dieser Entwurf fand jedoch innerhalb der Vereinten Nationen keine Zustimmung. Man befürchtete, daß die Schwierigkeiten in den Fällen, in denen der Unterhaltsberechtigte in seinem Aufenthaltslande einen Titel gegen den Verpflichteten wegen Fehlens eines Gerichtsstandes nicht erwirken könne, nicht behoben werden könnten.

Nach längeren Beratungen innerhalb des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen wurde im Jahre 1952 ein Sachverständigenausschuß berufen. Er legte zwei Entwürfe vor. Der erste betraf ein Übereinkommen über die Verfolgung von Unterhaltsansprüchen im Ausland. Der zweite Entwurf enthielt ein Muster für ein Übereinkommen über die Vollstreckung von Unterhaltstiteln im Ausland (Dokument der Vereinten Nationen E/AC. 39/1, Annex I und II). Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen empfahl in seiner Entschließung vom 26. April 1954 — Resolution 527 (XVII) — den Staaten, den zweiten Entwurf als Muster für die Vorbereitung von zweiseitigen Vollstreckungsverträgen zu verwenden. Den ersten Entwurf stellte er als Thema für eine Staatenkonferenz zur Erörterung. Nachdem eine große Zahl von Staaten diesem Entwurf als einer geeigneten Grundlage für die Beratung auf einer Staatenkonferenz zugestimmt hatten, lud der Wirtschafts- und Sozialrat am 17. Mai 1955 — Resolution 572 (XIX) — zu einer Staatenkonferenz ein.

Die Staatenkonferenz hat in der Zeit vom 29. Mai bis zum 20. Juni 1956 in New York stattgefunden. An ihr haben 32 Staaten (darunter die Bundesrepublik Deutschland) sowie 24 nichtstaatliche Organisationen teilgenommen. Durch Beobachter waren 9 Staaten vertreten.

Am 20. Juni 1956 wurde das vorliegende Übereinkommen einstimmig angenommen.

Die folgenden 26 Staaten haben das Übereinkommen gezeichnet:

Bolivien (20. Juni 1956), Brasilien (31. Dezember 1956), die Bundesrepublik Deutschland (20. Juni 1956), Ceylon (20. Juni 1956), die Chinesische Republik (4. Dezember 1956), Dänemark (28. Dezember 1956), die Dominikanische Republik (20. Juni 1956), Ecuador (20. Juni 1956), Frankreich (5. September 1956), Griechenland (20. Juni 1956), Guatemala (26. Dezember 1956), Haiti (21. Dezember 1956), Israel (20. Juni 1956), Italien (10. August 1956), Jugoslawien (31. Dezember 1956), Kambodscha (20. Juni 1956), Kolumbien (16. Juli 1956), Kuba (20. Juni 1956), Mexiko (20. Juni 1956), Monaco (20. Juni 1956), die Niederlande (20. Juni 1956), Österreich (21. Dezember 1956), die Philippinen (20. Juni 1956), El Salvador (20. Juni 1956), Schweden (4. Dezember 1956), und die Vatikanstadt (20. Juni 1956).

Das Übereinkommen ist inzwischen ratifiziert worden von:

der Chinesischen Republik (25. Juni 1957), Guatemala (25. April 1957), Haiti (12. Februar 1958) und Israel (4. April 1957).

Dem Übereinkommen sind beigetreten:

Marokko (18. März 1957), Norwegen (25. Oktober 1957) sowie Ungarn (23. Juli 1957).

Das Übereinkommen ist bereits am 25. Mai 1957 in Kraft getreten. Es sieht in der Hauptsache eine enge verwaltungsmäßige Zusammenarbeit der Gerichte und Verwaltungsbehörden der Vertragsparteien vor, um den Unterhaltsberechtigten einen wirksamen rechtlichen Schutz zu gewähren. Das innerstaatliche materielle Recht und das Prozeßrecht der Vertragsparteien wird — abgesehen von der Verbürgung der Gegenseitigkeit bei der Bewilligung des Armenrechts und der Befreiung von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung — durch das Übereinkommen grundsätzlich nicht berührt. Ein solcher Eingriff ist von der Konferenz mit Bedacht vermieden worden, um möglichst vielen Staaten die Annahme des Übereinkommens zu ermöglichen.

Das Übereinkommen erleichtert die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland in mehrfacher Hinsicht:

1. Der Berechtigte kann die Unterlagen, die für die Geltendmachung seines Unterhaltsanspruchs im Ausland erforderlich sind, in seinem Aufenthaltsstaat bei der Übermittlungsstelle einreichen (Artikel 3);
2. die Übermittlungsstelle übersendet die Vorgänge unmittelbar an die Empfangsstelle der anderen Vertragspartei (Artikel 4); der umständliche und zeitraubende diplomatische oder konsularische Weg wird also vermieden;
3. die Empfangsstelle unternimmt in Vertretung des Berechtigten in dem Empfangsstaat alle Schritte, um den Anspruch auf Unterhalt zu verwirklichen (Artikel 6);
4. die Gerichte und Behörden können sich gegenseitig Rechtshilfe im unmittelbaren Verkehr leisten (Artikel 7);
5. dem Berechtigten wird für die Bewilligung des Armenrechts und für die Befreiung von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten Inländerbehandlung zugesichert (Artikel 9 Abs. 1, 2);
6. die Vertragsparteien verpflichten sich, Geldüberweisungen nach dem Ausland, die zur Erfüllung des Unterhaltsanspruchs und zur Dekkung der Kosten des Verfahrens erforderlich sind, devisenrechtlich zu erleichtern (Artikel 10).

Zu dem Übereinkommen ist im einzelnen folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1

Der Zweck des Übereinkommens, dem Unterhaltsberechtigten möglichst schnell und nachdrücklich zu helfen, soll dadurch erreicht werden, daß in den Vertragsstaaten Übermittlungs- und Empfangsstellen eingerichtet werden, die miteinander in unmittelbaren Geschäftsverkehr treten (Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 2 Abs. 4).

In das materielle Unterhaltsrecht der Vertragsparteien wird durch das Übereinkommen nicht eingegriffen. Es wird also nicht festgelegt, unter welchen Voraussetzungen Unterhalt begehrt werden kann, und wer berechtigt ist, Unterhaltsansprüche geltend zu machen. Diese Fragen beurteilen sich nach dem Recht der Vertragspartei, in deren Gebiet die Leistung des Unterhalts begehrt wird. Wenn auch die Beteiligten in dem Übereinkommen als Berechtigte oder Verpflichtete bezeichnet werden, so ist damit noch nicht festgestellt, daß eine Person tatsächlich zur Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs berechtigt oder zur Gewährung von Unterhalt verpflichtet ist. Auf der Konferenz ist ausdrücklich klargestellt worden, daß auch die unehelichen Kinder als Berechtigte im Sinne des Absatzes 1 anzusehen sind.

Die Vorteile des Übereinkommens kann ein Unterhaltsberechtigter (d. h. jemand, der sich für berechtigt hält, Unterhalt zu fordern) unter folgenden Voraussetzungen in Anspruch nehmen:

Der Berechtigte muß sich in dem Gebiet einer Vertragspartei aufhalten; er braucht indes nicht Angehöriger dieses Staates oder einer anderen Vertragspartei zu sein.

Der Verpflichtete muß der Gerichtsbarkeit der Vertragspartei unterstehen, in deren Gebiet der Unterhaltsanspruch geltend gemacht werden soll. Diese Regelung beruht auf der Erwägung, daß der Berechtigte notfalls in dem Gebiet der anderen Vertragspartei Klage erheben muß. Das Gericht dieses Staates kann aber nur angerufen werden, wenn es die internationale Zuständigkeit besitzt. Die Voraussetzungen für diese Zuständigkeit hat das Gericht nach seinem innerstaatlichen Recht zu prüfen.

Durch Absatz 2 wird klargestellt, daß Unterhaltsansprüche auch auf einem anderen Wege als dem in dem Übereinkommen vorgesehenen geltend gemacht werden können, sofern dies nach dem innerstaatlichen Recht oder auf Grund zwischenstaatlicher Verträge zulässig ist.

Zu Artikel 2

Nach Absatz 1 können die Vertragsparteien eine oder mehrere Übermittlungsstellen bestimmen, welche die ausgehenden Gesuche an die Empfangsstelle in dem Gebiet der anderen Vertragspartei weiterleiten. Die Einrichtung und die Bestimmung des Aufgabenkreises der Übermittlungsstellen bleibt den Vertragsparteien überlassen.

Nach Absatz 2 hat jede Vertragspartei eine Empfangsstelle zu bestimmen, die alle erforderlichen Schritte zu unternehmen hat, um den Verpflichteten im Gebiete des Staates der Empfangsstelle zur Zahlung von Unterhalt anzuhalten.

Bei den Übermittlungsstellen wird im Interesse der Antragsteller eine unbeschränkte Zahl zugelassen; hier hat jede Vertragspartei freie Hand, den innerstaatlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Anders ist es indes bei den Empfangsstellen. Hier

darf jede Vertragspartei nur eine einzige benennen. Dadurch soll erreicht werden, daß die Übersicht erleichtert und der Verkehr beschleunigt wird.

In der Zusammenarbeit zwischen der Übermittlungs- und der Empfangsstelle, die ein gewisses Vorbild in dem innerstaatlichen amerikanischen Uniform Reciprocal Enforcement of Support Act 1950 (amended 1953) hat, liegt der Schwerpunkt des Übereinkommens. Von ihr wird der wesentliche Fortschritt erhofft, den das Übereinkommen bringen soll.

Die Bestimmung der Übermittlungsstellen und der Empfangsstelle ist nach Absatz 3 dem Generalsekretär zu notifizieren. Dieser unterrichtet nach Artikel 19 Abs. 1 Buchstabe a die anderen Vertragsparteien.

Auf deutscher Seite sollen als Übermittlungsstellen die Landesjustizverwaltungen und als Empfangsstelle das Bundesjustizministerium benannt werden.

Zur Erleichterung und zur Beschleunigung der Übermittlung von Gesuchen dürfen die Übermittlungs- und Empfangsstellen nach Absatz 4 miteinander in unmittelbaren Geschäftsverkehr treten.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel regelt die Befugnis des Unterhaltsberechtigten, ein Gesuch bei der Übermittlungsstelle einzureichen, und den Inhalt des Gesuches.

Aus Absatz 1 ergibt sich, unter welchen Voraussetzungen eine Person, die behauptet, einen Unterhaltsanspruch geltend machen zu können, sich in ihrem Aufenthaltsstaat an eine Übermittlungsstelle wenden kann. Die Befugnis hierzu ist in Anlehnung an Artikel 1 Abs. 1 nur davon abhängig, daß der Berechtigte, gleichgültig welche Staatsangehörigkeit er besitzt, seinen Aufenthalt in dem Gebiete dieses Staates hat und daß der Verpflichtete der Gerichtsbarkeit einer anderen Vertragspartei untersteht.

Der Inhalt des Gesuchs ist nur allgemein dahin umschrieben, daß mit ihm der Anspruch auf Gewährung von Unterhalt geltend gemacht wird. Es bleibt damit dem Berechtigten überlassen, ob er den Verpflichteten zunächst nur zu einer freiwilligen Zahlung auffordern lassen will, ob er sogleich den Auftrag erteilt, gegen den Verpflichteten im Klagewege vorzugehen, oder ob er diesen Weg erst nach einem vergeblichen Versuch gütlicher Einigung einschlagen will.

Der Unterhaltsanspruch kann nur dann sachgemäß verfolgt werden, wenn der ausländischen Stelle alle erforderlichen Unterlagen vorliegen. Deshalb bestimmen die Absätze 3 und 4 näher, welche Angaben das Gesuch enthalten muß und welche Urkunden ihm beigefügt werden müssen. Hierzu gehört u. a. eine Vollmacht für die Empfangsstelle, entweder selbst als Vertreter tätig zu werden oder einen Bevollmächtigten zu bestellen. Aufgabe der Übermittlungsstelle ist es, darauf zu achten, daß der Berechtigte in dem Gesuch alles Erforderliche angegeben und auch die notwendigen Unterlagen beigebracht hat.

Für die sachgemäße Fertigung des Gesuchs wird es häufig unerläßlich sein, schon in diesem Stadium Beweis anzutreten für den Fall, daß der Verpflichtete den Anspruch bestreitet. Um der Übermittlungsstelle die Beratung des Berechtigten in dieser Hinsicht zu erleichtern, sind alle Vertragsparteien gehalten, Vorschriften über das Beweisrecht dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen mitzuteilen, das seinerseits die einzelnen Vertragsparteien für die Übermittlungsstellen unterrichtet (Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 19 Abs. 1 Buchstabe b).

Zu Artikel 4

Die Übermittlungsstelle hat das Gesuch grundsätzlich an die Empfangsstelle weiterzuleiten. In Absatz 1 wird eine Ausnahme nur für den Fall vorgesehen, daß ein Gesuch nach Ansicht der Übermittlungsstelle mutwillig erscheint. Die Frage, ob die Ablehnung der Weiterleitung eines Gesuches angefochten werden kann, beurteilt sich nach dem innerstaatlichen Recht der Übermittlungsstelle. Sie ist nach dem deutschen Recht zu bejahen.

Nach Absatz 2 hat die Übermittlungsstelle darauf zu achten, daß die Urkunden, die dem Gesuch beigefügt werden, auch den eigenen innerstaatlichen Formvorschriften entsprechen. Die Übermittlungsstelle hat damit die Formvorschriften nach zwei Seiten hin zu prüfen, einmal nach dem Recht der Empfangsstelle (Artikel 3 Abs. 4), zum anderen nach ihrem eigenen Recht. Damit soll der Gefahr vorgebeugt werden, daß ein Gesuch etwa an Formvorschriften scheitern könnte.

Eine Freizügigkeit von Urkunden ohne Legalisationszwang ließ sich auf der Konferenz nicht erreichen. Die Frage, ob eine Urkunde zu legalisieren ist, blieb offen. Sie beurteilt sich nach dem innerstaatlichen Recht des Staates der Empfangsstelle.

Ebenso ist die Frage, ob den Schriftstücken Übersetzungen in die Sprache des Staates der Empfangsstelle beizufügen sind, auf der Konferenz offengelassen worden. Nach den Gepflogenheiten des internationalen Rechtsverkehrs werden Schriftstücke in der Sprache des Staates der Empfangsstelle abzufassen sein oder aber von einer Übersetzung in diese Sprache begleitet sein müssen. Dies schließt nicht aus, daß sich einzelne Vertragsparteien über die anzuwendende Sprache oder über die Übersetzung verständigen.

Um der Empfangsstelle die Prüfung des Gesuchs zu erleichtern, wird der Übermittlungsstelle nach Absatz 3 nahegelegt, sich zu dem Gesuch gutachtlich zu äußern. Ein solches Gutachten ist aber, wie auf der Konferenz klargestellt worden ist, für das Gericht, das angerufen werden muß, nicht bindend. Die Übermittlungsstelle soll auch zu einem Gesuch um Bewilligung des Armenrechts Stellung nehmen.

Zu Artikel 5

Besitzt der Berechtigte bereits einen Titel über den Unterhaltsanspruch, so kann er ihn dazu verwenden, daß entweder die Vollstreckbarerklärung herbeigeführt wird oder daß er in dem ausländi-

schen Staat wenigstens als urkundlicher Nachweis für den Unterhaltsanspruch dient. Vorausgesetzt ist indes, daß der Titel in dem Gebiet eines der Vertragsparteien errichtet ist, weil nach Ansicht der Konferenz nur dann Gewähr dafür besteht, daß die Übermittlungsstelle die Wirksamkeit des Titels und die Erfolgsaussichten für das weitere Verfahren beurteilen kann.

Von Bedeutung ist, daß zu den Titeln, auf die sich Artikel 5 bezieht, auch die deutschen gerichtlichen Vergleiche und vollstreckbare Urkunden der Jugendämter gehören.

Die Frage, ob und in welcher Weise die Titel in dem anderen Staat zur Vollstreckung gebracht werden können, richtet sich nach dem Recht dieser Vertragspartei.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel regelt die Aufgaben der Empfangsstelle. Als Empfangsstelle kann, wie zu Artikel 2 Abs. 2 ausgeführt ist, nur jeweils eine Stelle in dem Gebiet jeder Vertragspartei bestellt werden.

Die Empfangsstelle hat zunächst zu prüfen, ob der Anspruch nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften Aussicht auf Erfolg bietet. Sie kann, falls der Wohnsitz des Verpflichteten oder dessen Vermögensverhältnisse nicht bestimmt genug angegeben sind und von der Übermittlungsstelle nähere Aufklärung nicht zu erlangen ist, die erforderlichen Ermittlungen selbst vornehmen oder sich hierbei der Hilfe von Wohlfahrtsverbänden, Jugendämtern oder staatlichen Behörden bedienen.

Nach Absatz 2 kann die Empfangsstelle die Übermittlungsstelle um ergänzende Aufschlüsse ersuchen. Führen die Versuche, weiteren Aufschluß zu erhalten, nicht zu einem Ergebnis, so kann die Empfangsstelle das Gesuch unter Angabe der Gründe unerledigt zurücksenden.

Die Empfangsstelle wird in erster Linie versuchen, eine gütliche Einigung mit dem Verpflichteten zu erreichen, wie in Absatz 1 ausdrücklich hervorgehoben wird. Sie kann aber auch den Auftrag erteilen, Klage gegen den Verpflichteten zu erheben. Hierzu ist sie durch die Vollmacht, die dem Gesuch nach Artikel 3 Abs. 3 beiliegt, ermächtigt. Die Empfangsstelle übernimmt indes nicht die Rolle einer Partei. Sie tritt für den Berechtigten auch nicht im Wege der Prozeßstandschaft auf. Sie führt den Prozeß vielmehr namens des Berechtigten als deren Prozeßbevollmächtigte. Sie kann auch, falls sie die Vertretung nicht selbst übernehmen will, einen anderen, sei es eine Wohlfahrtsorganisation oder sei es einen Rechtsanwalt, zum Prozeßbevollmächtigten bestellen.

Absatz 3 hebt den Grundgedanken des Übereinkommens hervor, daß die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über das Unterhaltsrecht und seine Durchsetzung durch das Übereinkommen nicht berührt werden sollen. Deshalb ist der Unterhaltsanspruch und seine prozessuale Geltendmachung nach dem Recht des Staates zu beurteilen, dessen Gerichtsbarkeit der Verpflichtete untersteht.

Die Tätigkeit der Empfangsstelle ist ebenso wie die der Übermittlungsstelle gebührenfrei (Artikel 9 Abs. 3). Die Empfangsstelle ist jedoch nicht gehindert, von dem Berechtigten die Erstattung von Auslagen oder die Zahlung von Vorschüssen zu verlangen.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel sieht Erleichterungen für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen vor, die in gerichtlichen Verfahren nach diesem Übereinkommen erforderlich werden können. Gedacht ist dabei vor allem an Ersuchen um Vernehmung von Parteien, Zeugen und Sachverständigen. Für Zustellungen hielt die Konferenz eine besondere Bestimmung nicht für erforderlich, weil insoweit die Übermittlungs- und Empfangsstellen helfend eingreifen könnten.

Vorausgesetzt wird, daß nach dem Recht der beiden in Betracht kommenden Vertragsparteien ein Rechtshilfeverkehr vorgesehen ist. Dies kann u. a. auf Grund mehrseitiger Übereinkommen (vgl. das Haager Übereinkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 — RGBl. 1909 S. 410 —) oder auf Grund zweiseitiger Verträge der Fall sein. Rechtshilfe kann aber auch gegenseitig vertraglos geleistet werden (vgl. den Länderteil der Rechtshilfeordnung für Zivilsachen — ZRHO — vom 19. Oktober 1956).

Wie sich aus Buchstabe e ergibt, müssen Rechtshilfeersuchen grundsätzlich erledigt werden. Es sind nur zwei Versagungsgründe vorgesehen, die in Buchstabe e erwähnt sind. So braucht ein Ersuchen nicht erledigt zu werden, wenn Zweifel an seiner Echtheit bestehen (Buchstabe e Nr. 1). Daß die Erledigung eines Ersuchens wegen Verstoßes gegen den ordre public abgelehnt werden kann (Buchstabe e Nr. 2), entspricht einem allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsatz.

Nach Buchstabe d verzichten die Vertragsparteien gegenseitig auf die Erstattung von Gebühren und Auslagen, die durch die Erledigung eines Rechtshilfeersuchens entstanden sind.

Die Frage, ob den Ersuchen Übersetzungen beigefügt werden müssen und wie sie zu beglaubigen sind, ist ebenso wie bei den Gesuchen nach Artikel 3 nicht geregelt. Es entscheidet entweder das zwischenstaatliche Recht, das beide Vertragsparteien verbindet, oder aber die Übung, die zwischen beiden Staaten besteht.

Nach dem Schlußprotokoll sollen die Vertragsparteien dem Generalsekretär die innerstaatlichen Vorschriften über Rechtshilfeersuchen nach dem Ausland mitteilen.

Zu Artikel 8

Nach diesem Artikel kann auf dem in dem Übereinkommen vorgesehenen Wege (Artikel 3, 5) auch die Änderung bereits ergangener Unterhaltsentscheidungen begehrt werden. Der Berechtigte oder in diesem Falle auch der Verpflichtete kann also die Übermittlungsstelle in Anspruch nehmen.

Zu Artikel 9

Durch diesen Artikel wird einem Berechtigten in dem Gebiet einer anderen Vertragspartei hinsichtlich der Befreiung von Gebühren oder Auslagen und von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten die Inländerbehandlung zugesichert. Der Berechtigte kann deshalb unter denselben Voraussetzungen wie ein Inländer die Bewilligung des Armenrechts oder die Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten beanspruchen. Anders als nach Artikel 18 und 19 des Haager Übereinkommens über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 (RGBl. 1909 S. 410) ist jedoch nicht vorgesehen, daß eine Kostenentscheidung gegen den abgewiesenen Kläger, der von der Sicherheitsleistung befreit ist, in dem Gebiet der Vertragsparteien in einem erleichterten Verfahren für vollstreckbar erklärt werden kann. Zu einer solchen Bestimmung konnte die Konferenz sich nicht entschließen.

Nach Absatz 3 sind alle Akte der Übermittlungsstelle und der Empfangsstelle, die nach diesem Übereinkommen vorzunehmen sind, gebührenfrei.

Zu Artikel 10

Die Vertragsparteien verpflichten sich durch diesen Artikel, den Unterhaltszahlungen im Devisenverkehr den größtmöglichen Vorrang zu gewähren. Dieses Vorrecht soll nur die Zahlungen betreffen, die für den Unterhalt selbst bestimmt sind, sowie Beträge, die für ein Verfahren zur Geltendmachung von Unterhalt in dem Staat der Empfangsstelle erforderlich sind.

Zu Artikel 11

Die sogenannte „federal clause" hat für solche Bundesstaaten Bedeutung, bei denen die Einzelstaaten durch internationale Abkommen, denen der Bundesstaat beitritt, nicht gebunden werden können. Sie soll es ermöglichen, insbesondere den Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas, die das Übereinkommen noch nicht gezeichnet haben, zu erleichtern.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel sieht die automatische Erstreckung des Geltungsbereichs des Übereinkommens auf die Territorien vor, deren internationale Beziehungen eine Vertragspartei wahrnimmt. Eine Vertragspartei kann jedoch einen Vorbehalt für alle oder bestimmte Gebiete dieser Art erklären. Dieser Vorbehalt wird nach Artikel 19 Abs. 1 Buchstabe c von dem Generalsekretär den übrigen Vertragsparteien mitgeteilt.

Zu Artikel 13

Das Übereinkommen ist eine sogenannte offene Konvention. Der Beitritt wird auch solchen Staaten ermöglicht, die nicht zu den Unterzeichnerstaaten gehören, sofern sie einer der in Absatz 1 bezeichneten Organisationen angehören, oder wenn an sie eine Einladung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen ergangen ist.

Zu Artikel 14

Das Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder des Beitritts.

Es ist bereits am 25. Mai 1957 in Kraft getreten.

Zu Artikel 15

Das Übereinkommen sieht keine bestimmte Geltungsdauer vor. Es kann von einer Vertragspartei jederzeit gekündigt werden.

Zu Artikel 16

Das Verfahren bei Streitigkeiten, die über die Auslegung oder die Anwendung des Übereinkommens zwischen zwei oder mehreren Vertragsparteien entstehen, wird in Übereinstimmung mit anderen Übereinkommen geregelt, die bereits durch Vermittlung der Vereinten Nationen abgeschlossen worden sind.

Zu Artikel 17

Den Vertragsparteien wird ein allgemeiner Vorbehalt eingeräumt. Die Klausel des Artikels 17 beschränkt sich ebenso wie der entsprechende Vorbehalt in anderen Übereinkommen nicht auf bestimmte Artikel des Übereinkommens. Die Vertragsparteien haben daher die Möglichkeit, zu jedem Artikel des Übereinkommens einen Vorbehalt zu erklären. Die Ausübung des Vorbehalts hat zur Folge, daß das Übereinkommen zwischen diesem Staat und dem Staat, der dem Vorbehalt widersprochen hat, nicht in Kraft tritt. Wird ein Widerspruch nicht erhoben, so ist das Übereinkommen nach Artikel 18 auf Grund der Gegenseitigkeitsklausel zwischen dem Staat, der den Vorbehalt erklärt hat, und allen anderen Staaten, die dem Vorbehalt nicht widersprochen haben, nur nach Maßgabe des Vorbehalts anzuwenden.

Zu Artikel 18

Die Klausel über die Gegenseitigkeit trägt den besonderen Beziehungen zwischen einem Bundesstaat im Sinne des Artikels 11 und einer anderen Vertragspartei Rechnung. Sie hat auch für die Vorbehalte, die nach Artikel 17 erklärt werden, Bedeutung.

Zu Artikel 19

In diesem Artikel sind die Fälle zusammengefaßt, in denen der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Vertragsparteien zu unterrichten hat.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel regelt die Voraussetzungen, unter denen das Übereinkommen einer Revision unterzogen werden kann.

Zu Artikel 21

Das Übereinkommen ist in chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, die allein authentisch sind.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Nach Artikel 1 des Entwurfs des Ratifikationsgesetzes ist folgender neuer Artikel 1 a einzufügen:

„Artikel 1 a

(1) Die Aufgaben der Übermittlungsstellen im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 des Übereinkommens nehmen die von den Landesregierungen bestimmten Stellen wahr.

(2) Die Aufgaben der Empfangsstelle im Sinne des Artikels 2 Abs. 2 des Übereinkommens nimmt der Bundesminister der Justiz wahr."

Begründung

Zu Absatz 1

Es erscheint notwendig, im Ratifikationsgesetz selbst die Übermittlungsstellen zu erwähnen. Da nach den Verfassungen einiger Länder Zuständigkeitsregelungen eines Gesetzes bedürfen, ist es zweckmäßig, eine entsprechende Ermächtigung für die Landesregierungen vorzusehen.

Zu Absatz 2

Die Zuständigkeit des BMJ, als Empfangsstelle tätig zu werden, kann nur unter dem Gesichtspunkt der überregionalen Verwaltungstätigkeit gerechtfertigt werden. Hierzu bedarf es jedoch einer ausdrücklich gesetzlichen Zuweisung.